



Presseschau vom 01.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: Ukraine, Deutschland und die EU: Der Sachstand

Es läuft nicht rund in der Ukraine. Kiew droht den militärischen, die EU den wirtschaftlichen Teil des Krieges zu verlieren. An der medialen Heimatfront bröckelt das Narrativ. Doch die deutsche Politik bleibt weiter auf Kriegskurs. Von Diplomatie keine Spur. ...

<https://kurz.rt.com/2zx5> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Klimageld und Neun-Euro-Ticket – eher Unterhaltungswert als echte Hilfe für die belasteten Bürger

Jetzt soll ein "Klimageld" die Folgen der hohen Energiepreise abfedern. Irgendwann. Aber es lässt sich bereits erkennen, dass auch das so verlaufen wird wie alles sonst bei der Berliner Regierungstruppe. Lautes Gackern, ein taubes Ei, dafür aber auf einem Pfad der Zerstörung.

...

<https://kurz.rt.com/2zyg> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Lwow: UNO-Hilfslieferungen für ukrainische Flüchtlinge – aber nicht, wenn sie Russisch sprechen

Bedingte Solidarität – ein Videoclip, der einen Einblick in die lokale Seelenlage verschafft: Im westukrainischen Lwow werden Hilfspakete aus Spenden der UNO an ukrainische Binnenflüchtlinge nur dann abgegeben, wenn sie Ukrainisch sprechen. ...

<https://kurz.rt.com/2zv5> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Down Under und das Reich der Mitte – Was passiert im Südpazifik?

Ändert die neue australische Regierung den scharfen antichinesischen Kurs ihrer Vorgängerin? Haben die USA Erfolg mit ihrem neuen Projekt IPEF, mit dem sie die pazifischen Inselstaaten gegen China in Stellung bringen wollen? Der Südpazifik ist gerade umkämpft. ...

<https://kurz.rt.com/2zuh> bzw. [hier](#)

Anastasia Safronowa: Hunger Games: Wie die Bauern der Welt zu kollateralen Opfern von Sanktionen gegen Russland wurden

Die Preise für Düngemittel waren bereits im Begriff in die Höhe zu schießen, als sie dann, inmitten der Sanktionen wegen des Konflikts in der Ukraine, begannen steil anzusteigen. Aber selbst wenn man alle Sanktionen sofort aufheben würde – wäre das noch rechtzeitig, um die Lage zu entschärfen? ...

<https://kurz.rt.com/2zxj> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

21:44 de.rt.com: Vučić: Serbien hat weder antiwestliche noch russophobe Agenda

Der serbische Präsident Vučić hat verkündet, Serbien verfolge weder einen antiwestlichen noch einen russophoben Kurs. Er stellte fest, dass das Land sich im Einklang mit den Grundsätzen des Völkerrechts verhalte, und bezeichnete die Neutralität als den richtigen Weg für Serbien.

Serbien duldet weder antiwestliches noch russophobes Verhalten, und ist stolz darauf. Dies erklärte der zum zweiten Mal gewählte Präsident Aleksandar Vučić nach seiner Vereidigung

im Parlament des Landes, wie RTV berichtete. Vučić sagte, er sei auch stolz darauf, dass Serbien sich heute im Einklang mit den Grundsätzen des internationalen öffentlichen Rechts verhalte und Verstöße dagegen eindeutig und klar verurteilen könne. Zudem betonte er: "Dostojewski, Shakespeare, Goethe und Hemingway sind hier willkommen, und darauf kann Serbien stolz sein, auch wenn es in der heutigen Welt ein seltenes Land ist."

Der serbische Präsident führte weiterhin aus, dass Serbien eine von der NATO umgebene Insel bleibe. Er erklärte:

"Es gibt überall um uns herum NATO-Länder. Es gibt kein Land, das nicht in der NATO ist, Serbien ist wie eine kleine Insel. Manche Leute nennen das ein Problem. Ist es etwa ein Problem, dass wir glauben, dass unser Volk – die heldenhaften Gene unserer Bürger – und dass wir in der Lage sind, unser Land selbst zu verteidigen, und das Recht haben wollen, unsere Grenzen, unser Land, unser Militär und unseren Himmel zu verteidigen?"

Am 3. April fanden in Serbien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt, bei denen Vučić mit 60 Prozent der Stimmen für eine zweite Amtszeit wiedergewählt wurde. Seine Serbische Fortschrittspartei erhielt 43 Prozent der Stimmen. Sein Mitbewerber um die Präsidentschaft, Zdravko Ponoš von der oppositionellen Koalition Vereinigtes Serbien, hatte 17 Prozent der Stimmen erhalten, während die oppositionelle Partei bei den Parlamentswahlen 13 Prozent der Stimmen auf sich verbuchen konnte.

Vučić hatte in der Vergangenheit wiederholt die Neutralität Serbiens betont, aber auch darauf hingewiesen, dass der Weg Serbiens in die EU führe. Belgrad habe allerdings nicht die Absicht, "die Freundschaft mit dem Osten mit Füßen zu treten", erklärte er. Serbien hat sich bislang geweigert, Sanktionen gegen Russland zu verhängen, aber nach Ansicht des serbischen Präsidenten ist diese Haltung sehr kostspielig. Dennoch werde Belgrad sich gegen die Verhängung von Restriktionen gegen Russland wehren, "so lange es kann", sagte er.

Der russische Präsident Wladimir Putin erklärte in einem Glückwunschtelegramm an Vučić, dass dessen Außenpolitik unabhängig sei und dass die Partnerschaft zwischen den beiden Ländern "im Interesse der brüderlichen Völker Russlands und Serbiens" liege.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6296386148fbef65aa36099f.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR zur Sprengung eines Tanks mit Chemikalien in Sewerodonezk durch die ukrainischen Streitkräfte**

Die aus dem Industriegebiet von Sewerodonezk abziehenden Einheiten der ukrainischen Streitkräfte haben, um Hindernisse für eine erfolgreiche Offensive unserer Truppen zu schaffen, einen Versuch unternommen, eine chemisch kontaminierte Zone zu schaffen und haben im Kombinat „Asot“ einen Tank, vermutlich mit Salpetersäure, gesprengt. Der Zeitpunkt der Sprengung war so berechnet, dass der Wind die Giftwolke in Richtung der befreiten Ortschaften Rubeshnoje und Kremennaja trieb.

Diese Provokation ist ein weiteres Glied in der langen Kette der Verbrechen des Kiewer Regimes gegen das ukrainische Volk. Im April dieses Jahres haben ukrainische Nazis bereits

zwei Versuche unternommen, Tanks mit giftigen Chemikalien in Rubeshnoje zu sprengen. Dabei werden sie nicht davon gestoppt, dass das Ergebnis der Provokationen zahlreiche Opfer unter der friedlichen Bevölkerung sein werden.

Derzeit verbreiten ukrainische Massenmedien, um die Verbrechen der ukrainischen Streitkräfte zu rechtfertigen, aktiv Falschinformationen über eine Angebliche Beteiligung von Einheiten der Volksmiliz der LVR an dieser Sprengung.

Wir wenden uns an die Einwohner von Sewerodonezk und der umliegenden Ortschaften und bitten, Ruhe zu bewahren und nicht in Panik zu verfallen. Die Volksmiliz der LVR unternimmt alle Maßnahmen zur Beseitigung der Folgen des Verbrechens der Kiewer Regimes.

22:22 de.rt.com: **Gazprom stellt Gaslieferungen an die Niederlande und Dänemark ein**

Der russische Gaskonzern Gazprom hat am Dienstag seine Gaslieferungen in die Niederlande eingestellt und angekündigt, ab Mittwoch auch die Lieferungen an Dänemark zu stoppen. Zuvor hatten sich die Gasimporteure beider Länder geweigert, die Lieferungen in Rubel zu bezahlen.

Der russische Energieriese Gazprom hat nach eigenen Angaben die Gaslieferungen an die Niederlande eingestellt. Das Unternehmen erklärte am Dienstag:

"Gazprom hat die Gaslieferungen an das Unternehmen GasTerra B.V. (Niederlande) eingestellt, weil diese nicht in Rubel bezahlt wurden."

Gazprom berief sich in seiner Entscheidung auf das Dekret von Präsident Wladimir Putin, wonach alle Käufer russischen Gases aus dem sogenannten unfreundlichen Ausland, wozu aus Sicht Moskaus die EU-Länder zählen, ihre Zahlungen ab April auf Rubel umstellen müssen. Über diese Umstellung seien die Geschäftspartner rechtzeitig informiert worden. Bis Montagabend habe Gazprom Export von seinem niederländischen Partner, der GasTerra B.V., aber keine Rubelzahlungen erhalten, so die Erklärung.

2021 hatte Russland 6,67 Milliarden Kubikmeter Erdgas in die Niederlande exportiert. Das entspricht rund 16 Prozent des Verbrauchs dort. GasTerra sah nach eigenen Angaben den jetzigen Lieferstopp voraus und bezog die fehlende Gasmenge schon aus anderen Quellen. Ebenso teilte das russische Unternehmen mit, den dänischen Versorger Ørsted sowie Shell Energy Europe von diesem Mittwoch an nicht mehr mit Gas zu beliefern. Ørsted und Shell hätten Gazprom Export darüber informiert, die Rechnungen nicht – wie von Moskau gefordert – in Rubel zu bezahlen, teilte Gazprom mit. Weil für den Monat April kein Geld geflossen sei, würden nun die Lieferungen eingestellt. Ørsted bestätigte, dass Gazprom den dänischen Konzern darüber informiert hatte, die Gaslieferungen am Mittwochmorgen um 6.00 Uhr einzustellen.

Mit Versorgungsengpässen wird in Dänemark nicht gerechnet. Nach Angaben von Ørsted kann Russland die Gaslieferung nach Dänemark nicht direkt abschneiden, weil es keine Gas-Pipeline gibt, die direkt von der Energiegroßmacht ins Land führt. Es sei Dänemark deshalb weiterhin möglich, Gas zu beziehen. Dies müsse jedoch dann in größerem Maßstab auf dem europäischen Gasmarkt erworben werden. Auch in den Niederlanden und Deutschland werden derzeit keine Versorgungsengpässe befürchtet. Die deutschen Energieversorger beziehen nach wie vor Gas aus Russland.

Wie die Bundesnetzagentur berichtete, sind die Gasspeicher in Deutschland mittlerweile zu 48,4 Prozent gefüllt. Nach Angaben der europäischen Speicherbetreiber im Internet wird seit dem 5. April mehr Erdgas eingespeichert als entnommen. Auch der bis vor Kurzem fast vollständig entleerte größte deutsche Speicher im niedersächsischen Rehden wird langsam wieder befüllt.

Am Sonntag war er zu knapp 2,2 Prozent gefüllt. Der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, hatte am Sonntag im Deutschlandfunk gesagt, dass der Speicher in Rehden schneller als bisher befüllt werden soll. Vor den Niederlanden und Dänemark hatte Gazprom die

Lieferungen an Polen, Bulgarien und Finnland eingestellt, weil diese Länder sich ebenfalls geweigert hatten, auf das neue Zahlungsschema umzusteigen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62965136b480cc7f7a180193.jpg>

22:35 de.rt.com: **Italiens Ministerpräsident: Fast alle großen EU-Länder gegen EU-Beitritt der Ukraine**

Fast alle großen EU-Mitgliedsstaaten sind gegen den Kandidatenstatus der Ukraine in der EU und aufgrund dieses Widerstands sei derzeit nicht damit zu rechnen, dass dieser gewährt werde. Dies verkündete der italienische Ministerpräsident Mario Draghi auf einer Pressekonferenz nach dem EU-Gipfel:

"Ich habe den Beitritt der Ukraine zur EU von Anfang an unterstützt. Alle großen EU-Länder lehnen den Kandidatenstatus der Ukraine in der EU ab, mit Ausnahme von Italien."

Draghi erklärte, die Europäische Kommission erwäge die Einführung eines beschleunigten Verfahrens.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/629639e648fbef38fb245973.jpg>

vormittags:

7:00 de.rt.com: **Selenskij: Ukraine verliert täglich 60 bis 100 getötete und etwa 500 verwundete Soldaten**

Die täglichen Kampfverluste der Ukraine belaufen sich auf etwa 60 bis 100 getötete Soldaten und rund 500 Verwundete. Dies verkündete der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij in einem am Dienstag veröffentlichten Interview mit dem Fernsehsender Newsmax. Er erklärte: "Die Situation im Osten ist sehr schwierig. Wir verlieren jeden Tag zwischen 60 und 100 Soldaten und etwa 500 Verwundete."

Selenskij behauptet, die ukrainischen Streitkräfte würden im östlichen Teil des Landes "den Verteidigungsperimeter halten", während in der Region Charkow "Gegenangriff und Druck" herrschten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6296e5e248fbef38fb2459a1.jpg>

7:35 de.rt.com: **Weißes Haus bestätigt Lieferung von HIMARS-Raketensystemen an Ukraine**

Ein neues Paket der US-Militärhilfe für die Ukraine, das auch die Lieferung von [HIMARS](#)-Raketensystemen umfasst, soll am Mittwoch bekannt gegeben werden. Das verkündete ein hochrangiger Beamter der US-Regierung bei einer Pressekonferenz:

"Morgen werden wir das 11. Sicherheitspaket bekannt geben. Dieses Paket wird auch Systeme mit größerer Reichweite, insbesondere HIMARS, umfassen."

Das Wall Street Journal hatte zuvor berichtet, dass die US-Regierung die Lieferung von MLRS- und HIMARS-Raketensystemen an die Ukraine genehmigt habe. Biden selbst erklärte, die USA würden der Ukraine keine Raketen zur Verfügung stellen, die Russland treffen könnten. Später bezeichnete der republikanische Kongressabgeordnete Adam Smith die Worte des Präsidenten als "unvorsichtige Bemerkung" und stellte sie in Frage, da die Raketen aus der Ukraine aufgrund der gemeinsamen Grenze Russland erreichen könnten.

7:43 de.rt.com: **Vor dem Treffen der OPEC+ in Wien: Lawrow besucht Golfstaaten**

Der russische Außenminister traf am Dienstag zu einem zweitägigen offiziellen Besuch in Saudi-Arabien ein. Lawrows Besuch findet einen Tag vor einem Treffen der OPEC+ in Wien statt, einer Öllianz, der Öl-Produzenten aus dem Persischen Golf und Russland angehören. Der russische Außenminister, Sergej Lawrow, traf am Dienstag zu einem zweitägigen offiziellen Besuch in Saudi-Arabien ein. Am Mittwoch wird Lawrow Außenminister der Staaten des Golfkooperationsrates (GCC) treffen. Lawrow, der am Dienstag in Bahrain war, wird mit den Ministern aus Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Oman, Kuwait, Katar und Bahrain im GCC-Hauptquartier in Riad zusammenkommen.

Der Schwerpunkt der Gespräche bleibt erstmal unklar, obwohl die Beamten in der Golfregion bereits sagten, die sechs Golfminister würden am Mittwoch auch ein Online-Treffen mit dem ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba abhalten. Einzelheiten wollten sie aber nicht nennen.

Die Golfstaaten sind im Ukraine-Krieg trotz westlicher Aufrufe zur Verurteilung Moskaus neutral geblieben. Omans Außenminister sagte in einer am Samstag von seinem Ministerium veröffentlichten Bemerkung, dass die Ukraine-Krise eine europäische Lösung erfordere und dass eine Haltung von "Sie sind für uns oder gegen uns" nicht funktionieren würde.

US-Außenminister Antony Blinken telefonierte am Montag mit seinem saudischen Amtskollegen Prinz Faisal bin Farhan Al Saud und unterstrich die Bedeutung internationaler Unterstützung für die Ukraine. Dies teilte das US-Außenministerium mit.

Lawrows Besuch findet einen Tag vor einem Treffen der OPEC+ in Wien statt, einer Öllianz, der Produzenten aus dem Persischen Golf und Russland angehören. OPEC+ hält sich bislang an seinen Plan zur allmählichen Steigerung der Ölfördermenge, wie er auf dem

Höhepunkt der Lockdowns wegen der COVID-19-Krise gefasst worden war. Seinerzeit war die Produktion wegen eingebrochener Nachfrage stark gedrosselt worden. Die Allianz mit Russland ist vor allem wichtig für die OPEC, um die Hoheit über die Preise zu behalten und stabile Einnahmen zu garantieren. Der US-Präsident hatte bereits vergeblich von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) gefordert, mehr Öl auf Markt zu bringen, um die steigenden Ölpreise einzudämmen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62961e4c48fbef2dc9222773.jpg>
Russlands Außenminister Sergej Lawrow spricht mit Bahrains Außenminister Abdullatif bin Rashid al-Zayani vor einer gemeinsamen Pressekonferenz im Hauptquartier des bahrainischen Außenministeriums in der Hauptstadt Manama am 31. Mai 2022

8:00 de.rt.com: **DVR will Turtschinow, Poroschenko und Selenskij vor ein internationales Tribunal stellen**

Die Donezker Volksrepublik (DVR) beabsichtigt, die ehemaligen ukrainischen Präsidenten Alexandr Turtschinow und Petro Poroschenko sowie den amtierenden Präsidenten Wladimir Selenskij im Rahmen eines internationalen Tribunals gegen Mitglieder ukrainischer bewaffneter Formationen, die nach dem Putsch von 2014 an Kriegsverbrechen beteiligt waren, strafrechtlich zu verfolgen. Das verkündete die Vorsitzende des Ausschusses für Straf- und Verwaltungsrecht des Volksrates der DVR Elena Schischkina am Mittwoch gegenüber der Nachrichtenagentur [TASS](#). Sie sagte:

"Ein Kriegsverbrecher ist nicht nur derjenige, der eine Waffe in der Hand hält und den Abzug betätigt. Es ist auch der General, der den Befehl gibt, es sind die Präsidenten, und es waren drei: Übergangspräsident Turtschinow, Poroschenko und Selenskij. Mit ihren Unterschriften haben sie Nazis in den Donbass geschickt, um Zivilisten zu töten."

Schischkina wies darauf hin, dass das Gesetz der DVR eine strafrechtliche Verfolgung für Kriegsverbrechen sowie die Unterstützung und Finanzierung von Terrorismus vorsieht. Sie fügte hinzu:

"Auf dem Territorium der Ukraine wurden im rechtlichen Bereich die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Nazi-Organisationen ihre Aktivitäten ausüben können. Dazu gehören eine Amnestie für die Täter und die Entkriminalisierung von Verbrechen gegen Russen sowie die gesetzliche Verankerung von Verbrechen gegen Russen."

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 01.06.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

43 Mann;

3 Schützenpanzerwagen;

4 Fahrzeuge.

2 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte haben die richtige Entscheidung getroffen, die

Waffen niedergelegt und so ihr Leben gerettet.

Die Volksmiliz der LVR ist bestrebt, das Leben der ukrainischen Soldaten zu retten und ruft sie auf, die Waffe niederzulegen. So werfen die Artillerieeinheiten der Volksmiliz weiter Flugblätter auf Positionen der ukrainischen Streitkräfte ab.

Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen weiter humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien sowie in frontnahe Ortschaften der Republik.

So hat gestern der Abgeordnete der Staatsduma W. Milonow den Einwohnern von Persomajsk humanitäre Hilfe in Form von Lebensmittelpaketen und Haushaltstechnik übergeben.

8:25 de.rt.com: **Generalsekretär der Partei Einiges Russland: Region Cherson, Volksrepublik Lugansk und Volksrepublik Donezk werden Teil Russlands**

Das ukrainische Gebiet Cherson und die befreiten Gebiete der Volksrepubliken Lugansk und Donezk werden zweifellos Teil Russlands werden, ebenso wie das Gebiet Saporoschje, in dem ein Referendum abgehalten werden soll, sobald es die Situation erlaubt. Das erklärte der Generalsekretär der russischen Regierungspartei Einiges Russland Andrei Turttschak der Agentur [RIA Nowosti](https://ria.ru/). Er sagte:

"Die Entscheidung sollte von den Bewohnern selbst getroffen werden, und ich bin sicher, dass sie es tun werden. Ich habe also keine Zweifel daran, dass dieses Gebiet Teil der Russischen Föderation wird. Die Menschen wollen Schutz und Stabilität, damit sie nach acht Jahren des vom Westen legitimierten banderitischen Terrors endlich den lang ersehnten und dauerhaften Frieden finden."

In Bezug auf die befreiten Gebiete der DVR und der LVR versicherte Turttschak, dass "niemand daran zweifelt", dass auch sie sich Russland anschließen werden. Ihm zufolge werde eine solche Entscheidung auch von den Menschen im Gebiet Saporoschje unterstützt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6296e837b480cc1ca57f5654.jpg>

9:50 (8:50) novorosinform.org: **Ausländische Söldner unterliegen nicht dem Austausch mit der Ukraine – Schischkina**

Der Vertreterin der DVR erklärte, dass Ausländer, die in den Streitkräften der Ukraine kämpfen, nicht internationalen Konventionen unterliegen.

Die Volksrepubliken des Donbass werden ausländische Söldner, die während der Sonderoperation gefangen genommen wurden, nicht in den Austauschfonds aufnehmen. Elena Schischkina, Vorsitzende des Ausschusses für Straf- und Verwaltungsrecht des Volksowjets der DVR, teilte dies gegenüber TASS mit.

„Sie haben hier wie Terroristen gehandelt, wie Nazis, da kann von einem Austausch keine

Rede sein“, betonte Schischkina.

Die Parlamentarierin stellte fest, dass eine solche Entscheidung darauf zurückzuführen ist, dass Ausländer, die von der DVR gefangen genommen wurden, keinen internationalen Konventionen unterliegen und daher in vollem Umfang des Gesetzes wegen Verbrechen gegen die Einwohner von Donbass zur Rechenschaft gezogen werden.



https://novorosinform.org/content/images/55/95/45595_720x405.jpg

8:50 de.rt.com: **Pakistans Finanzminister: Sind offen für Angebote für Öl aus Russland**

Die pakistanischen Behörden sind bereit, den Kauf Öl aus Russland zu niedrigeren Preisen in Betracht zu ziehen, wenn ein entsprechendes Angebot vorliegt und keine Sekundärsanktionen verhängt werden. Das erklärte der pakistanische Finanzminister Miftah Ismail am Dienstag dem Sender CNN. Er sagte:

"Wenn Russland uns Öl zu niedrigeren Kosten anbietet und Pakistan nicht mit Sanktionen für den Kauf von russischem Öl belegt ist, werden wir das Angebot natürlich in Betracht ziehen." Gleichzeitig wies der Finanzminister darauf hin, dass es unwahrscheinlich sei, dass pakistanische Banken "Akkreditiv eröffnen oder über den Kauf von russischem Öl verhandeln" und dass bisher kein solches Angebot aus Russland eingegangen sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6296eec6b480cc23cf7a5b03.jpg>

10:12 (9:12) novorosinform.org: **Um Kiew herum werden Befestigungen gebaut, weil ein „neuer Angriff“ droht.**

Aus Angst vor einer zweiten Offensive der russischen Streitkräfte werden laut dem Telegram-Kanal der Militärverwaltung der Stadt Kiew neue Befestigungen in Kiew gebaut.

Die ersten Verteidigungslinien der Stadt wurden in der Nähe von Kiew ausgerüstet. Dies geschah laut dem Leiter der Behörde Nikolai Shirnow zum Schutz des Stadtzentrums vor Artillerieangriffen.

Shirnow sagte nach dem Besuch der Verteidigungsanlagen, dass es wichtig sei, sich auf ein Zusammentreffen mit dem Feind vorzubereiten, auch wenn ein solches "Szenario unmöglich erscheint".



https://novorosinform.org/content/images/55/97/45597_720x405.jpg

9:30 de.rt.com: **DVR erwartet Teilnahme von EU- und US-Vertretern am Donbass-Tribunal**

Die Behörden der Volksrepublik Donezk erwarten, dass Vertreter der EU und der USA an dem bevorstehenden internationalen Tribunal gegen Mitglieder der ukrainischen bewaffneten Formationen, die an Kriegsverbrechen beteiligt waren, teilnehmen werden. Darauf wies die Vorsitzende des Ausschusses für Straf- und Verwaltungsrecht des Volksrates der DVR Elena Schischkina am Mittwoch gegenüber der Nachrichtenagentur TASS hin. Sie sagte:

"Wir hoffen, dass sich die Rechtsstaatlichkeit und die internationalen Konventionen durchsetzen und alle Länder, darunter auch die EU und die USA, Vertreter zum internationalen Tribunal entsenden werden."

Einladungen zur Teilnahme an dem Tribunal seien an mehrere europäische Länder verschickt worden. Schischkina fügte hinzu:

"Einige haben bereits geantwortet. Von einigen werden wir nie eine Antwort erhalten, weil sie diese kriminellen Aktivitäten finanzieren."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6296f69248fbef65aa3609cf.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 1.6.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner etwa 300 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression **starben 2 Zivilisten, darunter ein Kind, und 8 wurden verletzt.** 38

Wohnhäuser, 6 Fahrzeuge und 11 zivile Infrastrukture Objekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 55 ukrainische Nationalisten, 2 T-64-Panzer, einen Schützenpanzer, 2 Fahrzeuge zum Transport von Munition sowie 2 Feuerstellungen des Gegners im Gebiet von Nowoselowka Wtoraja vernichtet.

Wir wenden uns an alle Bürger auf dem zeitweilig von ukrainischen Nationalisten kontrollierten Territorium. Wenn sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, bemühen Sie sich, verdeckt Videos oder Fotos von den Sachverhalten zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der Absendung der genannten Information über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in der App „Telegram“ werden die genannten Materialien als Beweisbasis für die Bestrafung der ukrainischen Kriegsverbrecher mit der gesamten Strenge des Gesetzes verwendet werden.

9:53 de.rt.com: **Multi-Krise: Deutschland fällt bei Investitionen zurück**

Nicht genug, dass der deutschen Volkswirtschaft die EU-Sanktions- und Embargopolitik gegen Russland zusetzt – ganz zu schweigen von den Folgen der Energie-, "Klima"- und Verkehrspolitik. Nein, jetzt gehen zu allem Überfluss auch noch die Investitionen in Deutschland zurück. "Berater" schlagen nun Alarm.

Eigentlich klingen die Wirtschaftsnachrichten nicht nur negativ: In letzter Zeit haben zwei US-amerikanische Weltkonzerne sich für Deutschland, und noch dazu für östliche Bundesländer als Investitionsstandorte entschieden. "Tesla" hat – rechtliche Vorgaben hin oder her – in Rekordzeit eine Autofabrik mitten in den brandenburgischen Kiefernwald bei Grünheide [gesetzt](#). Und "Intel" wird in Magdeburg eine neue "Giga-Fabrik" [errichten](#), die 10.000 Arbeitsplätze nach Sachsen-Anhalt bringen soll. Doch diese einzelnen, spektakulären Industrieansiedlungen verdecken den Nachholbedarf, den Deutschland angeblich oder tatsächlich hat – wenn man der internationalen Beraterbranche Glauben schenkt.

Deutschland im Hintertreffen?

So hat das US-Prüfungs- und Beratungsunternehmens "EY" (Ernst & Young) eine Studie erstellt, die dem Wirtschaftsstandort Deutschland Nachholbedarf attestiert. Im Vergleich zu Frankreich und Großbritannien drohe Deutschland ins Hintertreffen zu geraten, was ausländischen Investitionen angehe, heißt es dort. Beide Länder seien europäische Spitzenreiter, so EY bei der Vorstellung der Untersuchung heute in Stuttgart.

Demzufolge hätten ausländische Investoren im vergangenen Jahr 841 Projekte in Deutschland angekündigt, was im Jahresvergleich einen Rückgang von zehn Prozent bedeute. Frankreich, das den Spitzenplatz in dieser Kategorie einnimmt, habe dagegen 1222 Vorhaben verbuchen können, was ein deutliches Plus von 24 Prozent darstellte. Großbritannien, inzwischen außerhalb der EU, kam noch auf 993 Investitionsprojekte, ein Zuwachs um zwei Prozent, wie EY vorrechnete.

Beratungsfirmen loben Frankreich und Großbritannien

"Im innereuropäischen Standortwettbewerb scheint Deutschland derzeit das Nachsehen zu haben", äußerte sich Henrik Ahlers, Vorsitzender der EY-Geschäftsführung, besorgt. Der britische Austritt aus der EU ("Brexit") habe Großbritanniens Anziehungskraft auf ausländische Investoren hingegen nur geringfügig geschmälert. Frankreich wiederum habe in den vergangenen Jahren wichtige "Reformen" umgesetzt und sich einen Ruf als attraktiver Investitionsstandort erarbeitet.

"Deutschland ist ohne Zweifel ein sehr starker und wettbewerbsfähiger Standort", musste Ahlers dennoch eingestehen. Er erinnerte eben an das neue Werk des E-Autobauers "Tesla" und die von Intel angekündigte Chip-Fabrik in Magdeburg. Doch Deutschland werde nachgesagt, vermeintlich langwierige Verwaltungs- und Genehmigungsprozesse sowie – tatsächlich – vergleichsweise hohe Energiekosten zu haben.

Auch der sogenannte Fachkräftemangel spiele eine Rolle. "In Deutschland herrscht in einzelnen Regionen und Branchen annähernd Vollbeschäftigung – wer hier neu Fuß fassen möchte, hat es teils sehr schwer, in ausreichendem Maß qualifiziertes Personal zu finden", meinte Ahlers. Potenzielle Investoren ließen sich davon abschrecken.

Wessen Interessen?

Dagegen bleibt festzustellen, dass (internationale) Wirtschaftsberatungsfirmen, zumindest bei der öffentlichkeitswirksamen Präsentation derartiger Studien, nicht unbedingt ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Prämissen hinreichend deutlich machen – und auch nicht die Interessen ausreichend offenlegen, die mit derartigen "Studien" zumindest mit befördert werden. So ließe sich fragen, inwiefern mit den Klagen über die Schwächen des Wirtschaftsstandorts Deutschland eine neue Runde von "Reformen" angestoßen werden soll, die sich gegen die abhängig Beschäftigten richten und deren Lage abermals verschlechtern werden. Und ob die fortgesetzte und ruinöse Standortkonkurrenz zwischen den (EU-)Ländern nicht am Ende an die Substanz der Gesellschaften geht – diejenige Substanz, ohne die sinnvolles Wirtschaften, auch die Erzielung von Gewinnen, nicht möglich ist. Und bei all diesen Überlegungen sind noch nicht einmal die Folgen der westlichen Sanktionspolitik gegen Russland [eingepreist](#), die absehbar schwerwiegende Auswirkungen auf die deutsche wie andere europäische Volkswirtschaften (inner- und außerhalb der EU) haben werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6296319ab480cc69bb1605bc.jpg>
Bebauung der "Europacity" in Berlin, Baustelle Quartier Heidestrasse, März 2021

9:55 de.rt.com: Russische Armee zerstört getarntes Kriegsgerät ukrainischer Truppen

Russische Mehrfachraketenwerfersysteme vom Typ Uragan haben nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums getarnte Ausrüstung und Kriegsgerät der ukrainischen Streitkräfte zerstört, [berichtet](#) die Agentur RIA Nowosti.

Nach Angaben der Behörde bekamen die russischen Streitkräfte die entsprechenden Koordinaten durch den Einsatz von Orlan-10-Drohnen, die für die Aufklärung von befestigten Stellungen der ukrainischen Armee eingesetzt werde.

Bei dem Angriff wurden gepanzerte Fahrzeuge und Waffen der ukrainischen Einheiten vernichtet.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/06/01/1792255637_0:0:1920:1080_600x0_80_0_0_5db5a403050b73a1e7712c25bffa7.jpg

11:11 (10:11) novorosinform.org: **In Odessa haben Kraftfahrer einen Kampf um Benzin angefangen**

Die Kraftstoffknappheit an Tankstellen zwingt die Ukrainer zu extremen Maßnahmen, weshalb es zu Übergriffen kommt.

Zwei Autofahrer aus Odessa gerieten wegen der Kraftstoffknappheit in der Ukraine in Streit. Ein Video des Konflikts wurde von einem der lokalen Telegram-Kanäle veröffentlicht.

Das Video zeigt, wie sich zwei junge Männer an einer Tankstelle mit erhobener Stimme unterhalten, woraufhin einer von ihnen eine Schlägerei beginnt. Sie wurden im Video sofort von einer dritten Person angesprochen, die versuchte, den Kampf zu beenden, womit das Video endet.

Augenzeugen stellen fest, dass die Treibstoffsituation in nahezu der gesamten Stadt kritisch ist. Autobesitzer müssen 4-5 Tankstellen anfahren, um eine zu finden, wo es eine Möglichkeit zum Auftanken gibt.



https://novorosinform.org/content/images/56/02/45602_720x405.jpg

10:20 de.rt.com: **Kadyrow: Befreiung Sewerodonezks abgeschlossen**

Kämpfer tschetschenischer Einheiten und der Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk haben die Befreiung der Stadt Sewerodonezk von ukrainischen Nationalisten vollständig abgeschlossen. Das teilte das tschetschenische Oberhaupt Ramsan Kadyrow am Dienstagabend auf seinem Telegram-Kanal mit. Er [schrieb](#):

"Soldaten aus der Tschetschenischen Republik haben zusammen mit der LVR-Volksmiliz und russischen Sicherheitskräften die vollständige Räumung von Sewerodonezk abgeschlossen. Die Kämpfer sind zur nächsten Stufe übergegangen – einer gründlicheren Überprüfung einzelner städtischer Einrichtungen."

Insbesondere seien das Gebäude und das umliegende Gebiet der SBU-Direktion vollständig geräumt worden. Sprengstoffexperten seien dabei, die von der ukrainischen Armee zurückgelassenen improvisierten Sprengsätze zu beseitigen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6297003ab480cc2c575f764b.jpg>

11:42 (10:42) novorosinform.org: **Das vor Mariupol gesunkene Schiff "Donbass" könnte Geheimnisse der ukrainischen Streitkräfte bergen - russischen Kapitän**

Das Heben des vor Mariupol versenkten Schiffes „Donbass“ werde einige Geheimnisse der Streitkräfte der Ukraine enthüllen, glaubt der Militärexperte, Kapitän des 1. Ranges der Reserve Wassili Dandykin.

Während der Arbeiten zum Heben des Schiffes werden Taucher Löcher im Schiff identifizieren, und nachdem sie beseitigt wurden, werde das abgepumpt. Nach einer vollständigen Untersuchung des Schiffes werde eine Entscheidung darüber getroffen, wie es gehoben werden soll, sagte Dandykin in einem [Interview](#) mit „Moskovskij Komsomolez“. Der Experte ist sich sicher, dass die Spezialisten der Schwarzmeerflotte der Russischen Föderation keine Schwierigkeiten haben werden, das Schiff zu heben, da sie über die gesamte dafür erforderliche Ausrüstung verfügen.

Dandykin ist davon überzeugt, dass Experten nach dem Heben des Schiffes viele interessante Dinge finden und einige Geheimnisse der Streitkräfte der Ukraine enthüllen könnten. Beispielsweise könnte es Verschlüsselungstabellen für die Datenübertragung geben, deren Entdeckung der Ukraine und dem Westen möglicherweise nicht gefällt.



https://novorosinform.org/content/images/56/07/45607_720x405.jpg

10:44 de.rt.com: **USA nehmen Vermittlungsrolle ein: Annäherungsversuche zwischen Israel und Saudi-Arabien**

Im Vorfeld des noch unbestätigten Besuchs des US-Präsidenten in Saudi-Arabien verkündet die israelische Regierung, dass die USA und die Golfstaaten die Rolle als Vermittler zur Normalisierung der Beziehungen Israels zu Saudi-Arabien eingenommen haben. Auf der Agenda steht auch, die Zustimmung Israels für die Abtretung zweier strategisch wichtiger Inseln im Roten Meer von Ägypten an Saudi-Arabien zu erhalten.

Israel koordiniere mit den USA und den Golfstaaten einen Prozess zur Normalisierung der Beziehungen zu Saudi-Arabien, sagte Außenminister Yair Lapid am Montag. "Wir glauben, dass es möglich ist, einen Normalisierungsprozess mit Saudi-Arabien einzuleiten. Es ist in unserem Interesse", sagte Lapid weiter.

Israel und Saudi-Arabien haben keine offiziellen diplomatischen Beziehungen, aber Kronprinz Mohammed bin Salman soll sich im November 2020 insgeheim mit dem ehemaligen israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu im Königreich getroffen haben.

Zwei hochrangige Berater von US-Präsident Joe Biden waren kürzlich zu einem Besuch nach Saudi-Arabien gereist, um über einen möglichen Deal zwischen Saudi-Arabien, Israel und Ägypten zu sprechen. In den Verhandlungen soll über die Abtretung zweier strategisch relevanter Inseln im Roten Meer – Tiran und Sanafir – von Ägypten an Saudi-Arabien mit israelischer Zustimmung gesprochen worden sein.

Ägypten und Saudi-Arabien einigten sich im Jahr 2017 darauf, dass die im Roten Meer gelegenen Inseln Tiran und Sanafir, die unter ägyptischer Souveränität stehen, an Riad zurückgegeben werden. Die Entscheidung wurde vom ägyptischen Parlament und dem Obersten Gerichtshof gebilligt, erforderte aber aufgrund der Bedingungen des israelisch-ägyptischen Friedensvertrags von 1979 auch die Zustimmung Israels.

Tiran und Sanafir, die zwischen den Küsten der Sinai-Halbinsel und Saudi-Arabien liegen, waren bis zum Jahr 1950 unter saudischer Herrschaft. In diesem Jahr verpachtete Riad sie an Ägypten aus Sorge, dass Israel sie besetzen würde. Israel eroberte die Inseln 1956, gab sie aber vier Monate später wieder zurück an Ägypten. "Die Klärung des Status der Inseln im Roten Meer wäre ein wichtiger Baustein des Vertrauens zwischen Israel und Saudi-Arabien auf dem Weg zu einer vollständig normalisierten Beziehung", erklärte diesbezüglich Dan Shapiro, der ehemalige US-Botschafter in Israel.

Bidens Reise nach Saudi-Arabien ist von der Verschlechterung der Beziehungen zwischen Washington und Riad in letzter Zeit überschattet. Die USA und Saudi-Arabien haben sich über die Reaktion des Königreichs auf den Krieg in der Ukraine gestritten, da die Saudis die russische Militäroperation in der Ukraine nicht verurteilt haben. Zudem hat sich Saudi-Arabien dem Druck der Biden-Regierung widersetzt, im Zuge des Ukraine-Kriegs mehr

Rohöl zur Senkung der Ölpreise auf den Markt zu bringen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/629602afb480cc6c4e7b7eb2.jpg>

Israels Außenminister Lapid

11:47 (10:47) novorosinform.org: **"Wir haben die Ukrainer in den Tod geschickt. Und was ist das Ergebnis?": Amerikanischer Offizier verurteilte das Vorgehen des Pentagon in der Ukraine**

Douglas McGregor konstatierte das Scheitern von Washingtons Strategie in der Politik gegenüber Russland.

Der ehemalige Berater des US-Verteidigungsministers unter Präsident Donald Trump, Douglas McGregor, gab im Laufe seiner Analyse der Situation in einem Interview mit einem amerikanischen Sender zu, dass die Behörden des Landes durch ihre Aktionen tatsächlich ukrainisches Militärpersonal in den sicheren Tod schicken.

„Wir haben die Ukrainer aufgefordert, in größerer Zahl zu sterben. Wir haben ihrer Regierung gesagt, dass wir sie unterstützen würden. Und wir haben ihnen tatsächlich eine riesige Menge an Hilfe geschickt und ihnen Verhandlungen mit den Russen ausgeduldet. Und was war das Ergebnis?“ er fragt.

Als Antwort auf seine eigene Frage erklärt McGregor, dass "Armageddon" tatsächlich in der Ostukraine vor sich geht. Das Pentagon versuche, diese Situation in ein „zweites Afghanistan“ für die Russen zu verwandeln. Ein ebeneres Gelände ermögliche es den russischen Raketentruppen allerdings, Ausrüstung und Personal der Streitkräfte der Ukraine zu zerstören, ohne die Möglichkeit ihres Schutzes. Moskaus Erfolge an der Front erlaubten es der Ukraine und ihren Verbündeten nicht, mit einem regierungsfeindlichen Aufstand in Russland zu rechnen.

"Die Globalisten im US-Außenministerium glauben fälschlicherweise, dass sie durch die Bewaffnung der Ukrainer zur Degradierung Russlands erreichen würden, dem ist nicht so. Putin ist jetzt beliebter denn je. Das ist die Wahrheit", resümiert der Offizier.



https://novorosinform.org/content/images/56/08/45608_720x405.jpg

12:07 (11:07) novorosinform.org: **Die Städte im Donbass werden wiederaufgebaut - Obehaupt der LVR**

Leonid Pasechnik berichtete der Presse über die Situation in Rubeshnoje und Popasnaja sowie über deren bevorstehende Restaurierung.

Nach Angaben des Oberhauptes der LVR gebe es in den kürzlich befreiten Städten der Republik praktisch kein einziges unbeschädigtes Haus mehr. Der Hauptgrund sei, dass das ukrainische Militär Anwohner aus ihren eigenen Wohnungen vertrieb und sie mit Feuerstellungen ausstattete.

Alle Schäden würden von Spezialisten aus Russland aufgenommen. Die Reparatur der Straßen und der Wasserversorgung habe bereits begonnen, aber aufgrund des anhaltenden Beschusses sei es derzeit nicht möglich, mit den umfassenden Wiederherstellungsarbeiten zu beginnen.

Pasetschnik stellte auch fest, dass eine ähnliche Situation auch in anderen Städten des Donbass erwartet wird. Dabei geht es insbesondere um Lisitschansk und Sewerodonezk, deren Befreiung derzeit höchste Priorität hat.

Bis heute haben die Streitkräfte der Volksmiliz der LVR mit Unterstützung des russischen Militärs etwa 95% der Republik befreit.



https://www.novorosinform.org/content/images/56/10/45610_720x405.jpg

11:10 de-rt-com: **Scholz sagt Kiew Lieferung des Flugabwehrsystems IRIS-T zu**

Nach wochenlangem Zögern der deutschen Regierung bei den Waffenlieferungen in die Ukraine soll Kiew nun doch weitere schwere Waffen erhalten. Am Mittwoch hat

Bundeskanzler Olaf Scholz der Ukraine die Lieferung eines modernen Flugabwehrsystems zugesagt. Hierbei handelt es sich laut Scholz um das System [IRIS-T](#) des Herstellers Diehl. Damit werde das modernste Flugabwehrsystem geliefert, über das Deutschland verfüge, sagte Scholz im Bundestag. Der Kanzler fügte hinzu:

"Damit versetzen wir die Ukraine in die Lage, eine ganze Großstadt vor russischen Luftangriffen zu schützen."

Außerdem werde den ukrainischen Streitkräften ein modernes Ortungsradar zur Verfügung gestellt, das Artillerie aufklären könne. Scholz kündigte auch an, dass Deutschland die von den USA angekündigte Lieferung von Mehrfachraketenwerfern in die Ukraine "nach unseren technischen Möglichkeiten" unterstützen werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629725ecb480cc460b247816.jpg>
g

11:35 de.rt.com: **Gazprom stellt Lieferungen an Ørsted und Shell Energy Europe Limited ein**

Der russische Gaskonzern Gazprom hat seine Lieferungen an die dänische Ørsted Salg & Service sowie an Shell Energy Europe in Deutschland wegen ausbleibender Zahlungen in Rubel vollständig eingestellt. Dies teilte das Unternehmen auf [Telegram](#) mit.

Bis Ablauf der Frist am 31. Mai habe Gazprom Export keine Zahlung für Gaslieferungen für den Monat April erhalten. Im vergangenen Jahr hat der Energieversorger 1,97 Milliarden Kubikmeter Gas an Orsted geliefert, was etwa 2/3 des Gesamtverbrauchs Dänemarks entsprach. Der Vertrag mit Shell Energy Europe sieht die Lieferung von bis zu 1,2 Milliarden Kubikmetern pro Jahr nach Deutschland vor.

12:46 (11:46) [novorosinform.org](#): **DVR-Militär schnitt Versorgungsrouten der Garnison von Awdejewka der Streitkräfte der Ukraine ab**

Die Volksmiliz der DVR hat einen Abschnitt der Autobahn unter ihre Kontrolle gebracht und die ukrainische Militärgruppe in Awdejewka von einer der beiden Versorgungsrouten abgeschnitten, berichtet der Pressedienst der Behörde.

Es handelt sich um die Autobahn Donezk-Awdejewka-Konstantinowka, die viele Jahre lang vom ukrainischen Militär zur Versorgung und zur Rotation ihrer Einheiten genutzt wurde.

Das Dorf Nowoselowka Wtoraja an der Autobahn nach Konstantinowka wurde ebenfalls geräumt. Die Streitkräfte der Ukraine wurden auf entfernte Positionen zurückgedrängt, aber derzeit kontrollieren sie einige Höhen in der Region und versuchen erfolglos, einen Gegenangriff durchzuführen, fügte die Volksmiliz der DVR hinzu.



https://www.novorosinform.org/content/images/56/16/45616_720x405.jpg

nachmittags:

12:00 de.rt.com: Aktivisten projizieren Video mit getöteten Donbass-Kindern auf US-Botschaft in Moskau

In der Nacht zum Mittwoch haben Aktivisten ein [Video](#) auf die Fassade der US-Botschaft in Moskau projiziert, das Kinder aus dem Donbass zeigte, die während des Ukraine-Krieges ums Leben gekommen waren. Die Bilder der jungen Kriegsoffer wurden von Textpassagen begleitet, in denen die Autoren des Clips den US-Streitkräften "die volle Verantwortung für alle getöteten Kinder im Donbass" zuwiesen.

Die Veranstalter der Performance, die an den Internationalen Kindertag angeknüpft war, erklärten, das Video solle der internationalen Gemeinschaft als Erinnerung dienen, dass das Weiße Haus die ukrainischen Behörden seit vielen Jahren finanziert.

`<iframe width="640" height="360" src="https://ria.ru/services/video/embed/1792246827-1792244915.html" frameborder="0" allowfullscreen=""></iframe>`

<https://videon.img.ria.ru/Out/Flv/>

[20220601/2022_06_01_donbasonlinevideocuttercom_05b3ryhe.f0p.mp4](#)

12:12 de.rt.com: FDP-Politikerin Strack-Zimmermann: "Wir brauchen ein Feindbild" – zum Beispiel Russland

Nach Ansicht der FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann benötigt die Bundeswehr eine neue inhaltliche Ausrichtung. Behilflich dabei wäre ein klar definiertes Feindbild, das nach Einschätzung der FDP-Bundestagsabgeordneten Russland aktuell erfüllen würde. Putin würde "Kinder von der Ukraine nach Russland verschleppen."

In einem aktuellen [Interview](#) mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) bezeichnete das Mitglied des FDP-Bundesvorstandes und des Vorstands der FDP-Bundestagsfraktion, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, die Einigung der Bundestagsfraktionen über die 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr als "ein ganz tolles" und "wichtiges Zeichen". Es sei jedoch "tragisch", dass es "eines Krieges bedurfte, diesen Schritt zu gehen." Ziel sei es, durch die kommenden Investitionen auf ein "Niveau zu kommen", welches von den NATO-Partnern "erwartet würde". Auf dem "langen Wege" wäre es zudem notwendig, dass der Wehretat angepasst werde und "wachsen müsste". Deutschland müsse zukünftig nicht nur "wehrwillig", sondern auch "wehrfähig" sein, so Strack-Zimmermann im Verlauf des Interviews.

Auf die Frage der Leiterin des Hauptstadtbüros des RND, Eva Quadbeck, ob die Bundeswehr in der Lage sei, sich von einer Armee,

"die im Ausland Frieden gesichert hat, zu einer Armee, die dann eben auch das Land wirklich

verteidigen kann, im Zweifelsfall vor allen Dingen die Ostflanke der NATO schützen kann", zu entwickeln, betonte die FDP-Politikerin:

"Die Bundeswehr ist mental so weit, wer nicht so weit ist, ist die Politik..."

Die Bundeswehr würde jedoch "von der Politik auf den Weg gebracht." Was aktuell benötigt würde, umschrieb Strack-Zimmermann mit der Feststellung:

"... das mag jetzt martialisch klingen, sie (die Politiker) brauchen auch, um aus der Sicht der Bundeswehr zu agieren, ein Feindbild, und wir haben in den letzten Jahren der Appeasement-Politik Russland nicht mehr als ein solches empfunden.

Jetzt wissen wir, wie ein Feind aussehen könnte, in diesem Fall aussieht, und deswegen muss auch die NATO angepasst werden, an das Thema China, was passiert mit dem Iran, wie gehen wir weiter mit Russland um?

Das heißt, sie brauchen das Bild eines möglichen Feindes, der unsere Freiheit und Demokratie beseitigen will."

Ausgehend von diesen Definitionen und Darlegungen "baut man eine Bundeswehr um, oder auf", so Strack-Zimmermann. Zu den ersten und dringlichsten Investitionen in die Bundeswehr zählen für Strack-Zimmermann die "persönliche Ausrüstung der Soldaten und Soldatinnen, die Digitalisierung des Heeres, die Tornado-Nachfolge in der Luftwaffe, Bewaffnung der Drohnen" und die Beschaffung "schwerer Transport-Hubschrauber". Die "Cyber-Abwehr" stelle zudem ein "sehr großes Thema", da "wir wissen, dass wir schon seit Jahren cybermäßig angegriffen werden."

Diese Aussagen überschneiden sich mit den Äußerungen, die die FDP-Politikerin in einem aktuellen Streitgespräch mit der Bundesparteivorsitzenden der Partei Die Linke, Janine Wissler, tätigte. Zum Thema einer nachweislichen "Nähe" der Linken-Partei um die Person Sahra Wagenknecht zum russischen Präsidenten Putin warf Strack-Zimmermann der Partei vor:

"die Nähe, das wissen wir, (...) nämlich die große Nähe zu Russland und diese Appeasement-Politik zu Russland hat zu nichts geführt, außer das jetzt Menschen in der Ukraine umgebracht werden."

Ein weiterer Ausschnitt aus dem [Spiegel-Streitgespräch](#) zwischen Strack-Zimmermann und Janine Wissler lautet:

"Glauben Sie (J.Wissler), dass die mutigen Russen und Russinnen, die jetzt irgendwo im Ural im Keller sitzen, wollen, dass Putin diesen Krieg gewinnt?

Glauben Sie man hätte Adolf Hitler an einen Tisch bringen können, wenn 1940 nicht die Amerikaner gesagt hätten, wir müssen jetzt zur Waffe greifen, um das zu beenden, was in Europa passiert?

Glauben Sie wirklich, dass der Krieg beendet worden wäre, wenn 1940 nicht die westliche Welt gesagt hätte – Stopp, wir werden jetzt eingreifen?"

Abschließend bemängelte Strack-Zimmermann im RND-Interview "unendliche Diskussionen", während in der Ukraine Menschen sterben würden. Sie befände "das alles", als "sehr, sehr zäh". Der "Überfall" Russlands auf die Ukraine im Jahre 2014, sei eine "Generalprobe für Putin" gewesen. Aktuell würden laut der FDP-Politikerin in der Ukraine durch Putin:

"...Kinderkliniken angegriffen, Frauen werden vergewaltigt. Kinder werden auch verschleppt, von der Ukraine nach Russland, dass man nicht mehr weiß, dass sie später nicht wissen, dass sie in der Ukraine geboren sind. Das ist so menschenverachtend..."

Es sei jetzt "der Zeitpunkt gekommen", dass "die Welt" aktuell die "Freiheit, die Demokratie, Menschenrechte" verteidigen müsste.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62970d47b480cc23cf7a5b0e.jpg>

12:25 de.rt.com: **Peking und die Doppelmoral Washingtons: "Wer Regeln bricht, hat kein Recht, über Regeln zu sprechen"**

Das chinesische Außenministerium hat auf Behauptungen Washingtons reagiert, wonach China "die dringlichste Herausforderung für die internationale Ordnung" sei. Ein Sprecher Pekings betonte, dass es die USA seien, die die größte Herausforderung für die Welt darstellten.

Peking hat Washington erneut scharf kritisiert und erklärt, dass die USA "kein Recht haben, über Regeln zu sprechen", da sie diese selbst bei zahlreichen Gelegenheiten gebrochen haben. Bei einer Pressekonferenz am Montag wurde der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Zhao Lijian gebeten, zu den jüngsten Äußerungen von US-Außenminister Antony Blinken Stellung zu beziehen. Blinken hatte erklärt, China stelle "die dringlichste und langfristige Herausforderung für die internationale Ordnung" dar.

Zhao antwortete, dass Blinkens Rede aus Lügen bestanden habe und dass in Wirklichkeit die USA die größte Herausforderung für die Welt darstellten. Er wies darauf hin, dass die von den USA vorgeschlagene "regelbasierte internationale Ordnung" in Wirklichkeit eine Ordnung bedeute, die auf "US-amerikanischen Regeln" basiere, die dazu dienten, Washingtons Interessen und Hegemonie aufrechtzuerhalten.

Der Regierungssprecher betonte, dass Chinas Außenminister Wang Yi Blinkens Rede bereits vergangene Woche ebenfalls verurteilt habe. Es sei wichtig, "Fakten und Zahlen zu nennen, um die Lügen und die heuchlerische Täuschung der Vereinigten Staaten" zu verstehen".

Als Beispiel verwies Zhao auf die Tatsache, dass sich die USA seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in mindestens 30 Ländern grob in demokratische Wahlen eingemischt und versucht hätten, mehr als 50 ausländische Regierungen zu stürzen. Dabei verwies Zhao auch auf das Buch "America's Deadliest Export: Democracy" von William Blum.

Außerdem wies der chinesische Diplomat darauf hin, dass einem Bericht der Brown University zufolge die von den USA seit 2001 im Namen der "Terrorismusbekämpfung" geführten Kriege und Militäroperationen mehr als 800.000 Menschenleben gefordert und über 20 Millionen Flüchtlinge in den betroffenen Ländern wie Afghanistan, Irak und Syrien hervorgebracht hätten.

Zhao fügte hinzu, die USA seien der größte "Zerstörer der internationalen Ordnung" und hielten nur an den Konzepten des "US-amerikanischen Exzeptionalismus" und einer "US-zentrierten Idee" fest. Er hob hervor, dass Washingtons Neigung, Verträge zu brechen und nach Belieben in internationale Vereinigungen ein- und auszutreten, im Grunde zur Norm geworden sei. Zudem wies Zhao darauf hin, dass sich die USA seit den 1980er-Jahren aus 17 internationalen Organisationen und Abkommen zurückgezogen hätten, darunter der UN-Menschenrechtsrat, die Weltgesundheitsorganisation und die UNESCO. Zhao wörtlich: "Die Vereinigten Staaten haben sich offen als 'Schiedsrichter' internationaler Regeln verkleidet und nutzen ein Schlaglicht aus Regeln, um auf andere zu leuchten, während sie ihre

eigene Dunkelheit unter den Lichtern ignorieren. Wenn sich US-Politiker plausibel auf das UN-Seerechtsübereinkommen berufen, frage ich mich, ob sie wissen, dass die USA nicht einmal Vertragspartei des UNCLOS sind."

Er betonte, dass die USA "überhaupt kein Recht haben, über Regeln zu sprechen oder irgendjemanden eines Verstoßes gegen internationales Recht zu beschuldigen". Es sei Washington, das ständig die Regeln breche – und dies mehr als jeder andere. Der Diplomat fügte hinzu, dass die USA Regeln nur dann einhielten, wenn sie ihren Interessen und ihrer Hegemonie dienten, und sie völlig missachteten, wenn dies nicht der Fall sei.

Zhao wies auch darauf hin, dass die USA aggressiv illegale einseitige Sanktionen verhängten und die Bevölkerungen der betroffenen Länder umgarnten. Außerdem versuche Washington, eine "indopazifische Version der NATO" zu schaffen, die die Sicherheit in der Region zerstören und das internationale System der Nichtverbreitung von Atomwaffen untergraben würde.

Abschließend erklärte Zhao, die US-Außenpolitik sei "der Inbegriff der Zwangsdiplomatie", die innerstaatliche Gesetze über internationale Regeln stelle und wahllos illegale einseitige Sanktionen und eine weitreichende Gerichtsbarkeit gegen souveräne Länder verhängte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6295e88648fbef25584d471d.jpg>

12:25 de.rt.com: **Stellvertretender Außenminister Rjabkow: "Waffenlieferungen an die Ukraine erhöhen Risiko eines offenen Konflikts zwischen Russland und den USA"**

Waffenlieferungen aller Art an die Ukraine erhöhen ungeachtet der Argumentation der USA die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen Moskau und Washington. Mit dieser Stellungnahme reagierte der stellvertretende Außenminister Russlands Sergei Rjabkow auf die jüngste Entscheidung der US-Behörden, HIMARS-Raketensysteme an die Ukraine zu liefern. Weiter wies der russische Diplomat darauf hin, dass die USA dem Ukraine-Konflikt jahrelang tatenlos zugesehen hätten, ohne sich um eine Friedenslösung zu bemühen. Nach dem Beginn der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine "sind einfach die Reste eines verantwortungsvollen Umgangs mit der Situation zusammengebrochen", so Rjabkow. Jetzt wolle Washington alles tun, um Russland eine strategische Niederlage zuzufügen.

Er versicherte ferner, dass alle Ziele des Sondereinsatzes erreicht würden:

"Unsere Position ist direkt und klar für alle: Die Ziele der militärischen Sonderoperation werden in jedem Fall erreicht werden und eine Verzögerung des Konflikts spielt den Feinden Russlands in die Hände."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62972d7c48fbef39dc1a7ffd.jpg>

12:50 de.rt.com: **Medienbericht: Schweiz lehnt Dänemarks Ersuchen um gepanzerte Fahrzeuge für die Ukraine ab**

Die Schweizer Regierung hat das Ersuchen Dänemarks um die Lieferung gepanzerter Mannschaftstransportwagen aus Schweizer Produktion an die Ukraine abgelehnt. Sie beruft sich dabei auf ihre Neutralitätspolitik, keine Waffen in Konfliktgebiete zu liefern. Das berichtete der Schweizer Rundfunk SRF am Mittwoch.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft habe das Angebot Dänemarks, rund 20 Schützenpanzer Piranha III an die Ukraine zu liefern, abgelehnt, so der SRF unter Berufung auf die Behörde. Die neutrale Schweiz erlaubt ausländischen Käufern seiner Waffen eine Weitergabe nur nach erteilter Genehmigung.

14:00 (13:00) novorosinform.org: **Nato-Kampfflugzeuge flogen in der Nähe der Schlangeninsel**

Mehrere NATO-Kampfflugzeuge wurden in der Nähe der Insel Smeiny („Schlangeninsel“) gesichtet, die unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte steht. Das berichtet das Portal avia.pro unter Berufung auf Flight Radar.

Die Veröffentlichung weiß mit Sicherheit, dass zwei britische Eurofighter Typhoon in Rumänien gestartet sind und der Flug selbst von Tankern begleitet wurde. Es gibt auch unbestätigte Informationen, dass auch amerikanisches F-35 teilgenommen haben, aber da die Transponder deaktiviert waren, ist es nicht möglich, dies zu überprüfen.

Die Schlangeninsel, 140 Kilometer von Odessa entfernt, wurde im Februar von den Streitkräften der Russischen Föderation eingenommen. Danach unternahm das ukrainische Militär mehrere Versuche, die Insel anzugreifen. So haben dort am 16. Mai russische Luftverteidigungssysteme einen ukrainischen Su-24-Bomber abgeschossen.



https://www.novorosinform.org/content/images/56/24/45624_720x405.jpg

13:15 de.rt.com: **DVR-Kräfte unterbrechen einen Nachschubweg der ukrainischen Garnison in Awdejewka**

Einheiten der Volksrepublik Donezk sollen eine der Nachschubrouten der ukrainischen Truppen in Awdejewka blockiert haben. Das teilte die DVR-Volksmiliz auf [Telegram](#) mit. "Das Dorf Nowosjolowka II ist von den ukrainischen Besatzern befreit worden. Kräfte der DVR-Volksmiliz haben einen Abschnitt der Straße unter ihre Kontrolle gebracht und damit die Garnison von Awdejewka endgültig von einem der beiden verfügbaren Nachschubwege abgeschnitten."

Die Einkreisung der ukrainischen Gruppierung in der Stadt gehe weiter, fügte die Sicherheitsbehörde hinzu.

Awdejewka liegt nördlich von Donezk und ist Teil des Ballungsraums Donezk. Derzeit kontrollieren ukrainische Truppen die Stadt. Von dort aus erfolgen täglich Artillerieangriffe auf Donezk und Jassinowataja.

13:22 de.rt.com: **Medien: Westen drängt OPEC-Staaten, Russland aus Ölfördervereinbarung auszuschließen**

Die Außenminister von Russland und Saudi-Arabien haben am Dienstag das Niveau der Zusammenarbeit innerhalb der OPEC+ gelobt. Zuvor hatten westliche Medien berichtet, dass einige Mitglieder des Ölkartells OPEC erwägen, Russland aus einer Ölfördervereinbarung auszuschließen.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow traf sich am Dienstag mit seinem saudischen Amtskollegen Prinz Faisal bin Farhan Al Saud. Beide Top-Diplomaten lobten das Niveau der Zusammenarbeit innerhalb der OPEC+, teilte das russische Außenministerium mit. Der Kommentar aus Raid erfolgte, nachdem westliche Medien behauptet hatten, dass einige Mitglieder der OPEC erwägen, Russland aus einer Ölfördervereinbarung der Ölallianz auszuschließen.

Einige [OPEC-Mitglieder](#) prüfen die Idee, Russlands Teilnahme an einem Ölförderabkommen auszusetzen, da westliche Sanktionen darauf abzielen, Moskaus Fähigkeit zu untergraben, mehr Öl auf den Markt zu pumpen, berichtet WSJ am Dienstag:

"Bei einem Ausschluss Russlands könnten Saudi Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und andere OPEC-Mitgliedsländer mehr fördern, um die Produktionsziele zu erreichen. Die USA und die europäischen Staaten drängen die OPEC-Staaten zur Aussetzung Russlands von der Allianz, seit der Ukraine-Krieg die Ölpreise über 100 Dollar pro Barrel steigen ließ."

Nach dem jüngsten EU-Sanktionspaket werden die Öl-Importe der EU aus Russland trotz der Ausnahme für Pipeline-Lieferungen bis Ende des Jahres um rund 90 Prozent reduziert. Die Ölpreise klettern inzwischen auf den höchsten Stand seit zwei Monaten. Russland, einer der

drei größten Ölproduzenten der Welt, hatte sich im vergangenen Jahr mit der OPEC und neun Nicht-OPEC-Staaten auf eine allmähliche Steigerung der Ölfördermenge geeinigt.

Die Allianz mit Russland ist vor allem wichtig für die OPEC, um die Hoheit über die Preise zu behalten und stabile Einnahmen zu garantieren. Die 13 OPEC-Mitglieder und zehn Nicht-OPEC-Produzenten, angeführt von Russland, werden sich am Donnerstag treffen, um voraussichtlich eine geplante Erhöhung von 432.000 Barrel pro Tag zu genehmigen.

Einige Mitglieder befürchten, dass die Aussetzung Russlands von Ölfördervereinbarung den Zusammenhalt in der OPEC+ untergraben wird. Russland würde den Einfluss in der Gruppe ohnehin behalten, ohne sich an der Erhöhung oder Drosselung der Ölproduktion beteiligen zu müssen, kommentiert WSJ.

US-Außenminister Antony Blinken telefonierte am Montag mit seinem saudischen Amtskollegen Prinz Faisal und unterstrich die Bedeutung internationaler Unterstützung für die Ukraine. Experten glauben jedoch, dass die OPEC+ an ihrer Strategie festhalten wird, die Produktion nur allmählich zu steigern, wenn sie am Donnerstag ihre monatliche Videokonferenz abhält. "Da Russland (neben Saudi-Arabien) eines der beiden wichtigsten Mitglieder der Allianz ist, ist jede Entscheidung über die Steigerung der Produktion hochpolitisch geworden", sagte Craig Erlam, Analyst bei der Handelsplattform OANDA, gegenüber AFP. Ipek Ozkardeskaya, Analyst bei der Swissquote Bank, sagte, das Treffen am Donnerstag "sieht wie eine Formalität aus". Es bestehe wenig Hoffnung, dass die OPEC-Länder irgendetwas ankündigen, das den Markt angesichts der Preissteigerungen für Energieprodukte entlasten würde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62972bf248fbef3b5a3204b3.jpg>

14:29 (13:29) [novorosinform.org](https://www.novorosinform.org/): **Russland wird in der Lage sein, die Ausfahrt von Schiffen mit Getreide zu unterstützen, wenn die Ukraine Häfen räumt – Peskow**

Im Moment werde die Navigation in der Region durch das Vorgehen der ukrainischen Behörden erschwert.

Ukrainische Häfen seien derzeit vermint. Dies stelle eine ernsthafte Gefahr für die Schifffahrt dar, sagte der Pressesprecher des Präsidenten der Russischen Föderation Dmitri Peskow.

„Wenn die Ukraine sich die Mühe macht, die Häfen zu räumen und eine sichere Seeschifffahrt zu gewährleisten, wird Russland bereit sein, bei der Eskortierung von mit Getreide beladenen Schiffen in internationale Gewässer zu helfen“, betonte Peskow.

Der offizielle Vertreter des Kremls fügte hinzu, dass Russland sich nicht in den Schiffsverkehr einmische. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass die Häfen auf ausdrückliche Anordnung der ukrainischen Behörden vermint würden.



https://www.novorosinform.org/content/images/56/28/45628_720x405.jpg

14:33 (13:33) novorosinform.org: **Russland warnte die OPCW vor möglichen chemischen Provokationen der Streitkräfte der Ukraine**

Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen sei von Moskau über mögliche chemische Provokationen der Streitkräfte der Ukraine im Donbass informiert worden, sagte Alexander Schulgin, Ständiger Vertreter der Russischen Föderation bei der OPCW.

Laut Schulgin sei Russland auf diese Weise proaktiv, und "ukrainische Nationalisten werden darüber nachdenken, ob sie so etwas arrangieren sollten".

Kürzlich habe Russland 12 Benachrichtigungen verschickt, in denen es im Voraus vor möglichen chemischen Provokationen durch ukrainische Nationalisten gewarnt und die Methoden und Orte angegeben habe, sagte Schulgin im Fernsehsenders Rossija-24.

Das Technische Sekretariat der OPCW habe bereits damit begonnen, die aus Russland erhaltenen Informationen zu prüfen, und werde bald seine Reaktion bekannt geben, schloss der Ständige Vertreter.



https://www.novorosinform.org/content/images/56/29/45629_720x405.jpg

13:40 de.rt.com: **Russische Marine schließt Testzyklus des Hyperschall-Marschflugkörpers Zirkon ab**

Die russische Fregatte "Admiral Gorskow" hat eine Testreihe des Hyperschall-Marschflugkörpers Zirkon abgeschlossen und damit die Einsatzbereitschaft der neuen Waffe bestätigt. Dies verkündete der russische Admiral Alexander Moisejew, Kommandeur der Nordflotte Russlands, am Mittwoch.

Moisejew erinnerte auch daran, dass Ende vergangener Woche eine Zirkon-Rakete aus den Hochgebirgsgebieten an der Barentssee auf ein Ziel im Weißen Meer in einer Entfernung von

etwa 1.000 Kilometern erfolgreich abgefeuert worden ist.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62973534b480cc276121293c.jpg>

Die russische Fregatte "Admiral Gorskow" beim Abschuss des Hyperschall-Marschflugkörpers "Zirkon"

14:05 de.rt.com: **Mariupol und Sankt Petersburg werden Partnerstädte**

Die Behörden von Sankt Petersburg und Mariupol haben einen Partnerschaftsvertrag unterzeichnet, teilte der Gouverneur der nördlichen russischen Metropole Alexander Beglow mit. Er [schrieb](#) auf seinem Telegram-Kanal zu einem Video von der Unterzeichnungszeremonie:

"Mit dem Leiter der Stadtverwaltung von Mariupol Konstantin Iwaschtschenko haben wir ein Abkommen über die Partnerschaft zwischen unseren Städten unterzeichnet."

Zuvor war berichtet worden, dass die Entscheidung über die Aufnahme von Partnerschaftsbeziehungen zwischen Sankt Petersburg und Mariupol bei einem Telefongespräch zwischen Beglow, Iwaschtschenko und dem DVR-Chef Denis Puschilin getroffen worden sei. Im Rahmen des Abkommens sollen Fachkräfte aus Sankt Petersburg beim Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur von Mariupol helfen. Zu den wichtigsten Bereichen der Zusammenarbeit sollen außerdem das Gesundheitswesen, die Bildung und Kultur sowie der Wohnungsbau gehören.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/HnGjSexrKdi9MYl44-6SaCljUFZCQ24HlJ5zakoLdcCI42EpAr5yRzsgM8yWeLwR-vUwp-grS3HBXB3Uv8puBO0gmMijGFIsZVf7jPvX0_KG91mkRUr9oxEEGqeK4ImWQkye5Ni7aqt96bhh5BsTxTAPORAAoHc3waho7Wbx9uGY8soK6NvyTeG45ysfjnadR60ls0AON3j4PT5tJV_UW2BHHfN2bBMBzdka8BkNDHNaH0-6H1Co8SK1-iZQ95nFndxiP5ly1yz4jZYnd622I-

[sEoIEe5UawQBE8ax3lTDI8I7PC4x7V0xy2UppDUt3RhTcal38SfxtbUKmqHaL4AQ](https://www.novorosinform.org/content/images/56/34/45634_720x405.jpg)

15:30 (14:30) [novorosinform.org](https://www.novorosinform.org): **Streitkräfte der Ukraine beschießen Gorlowka, es gibt Tote und Verletzte**

Nach Angaben des Stabs der Territorialverteidigung der DVR wurden bei einem Angriff ukrainischer Kämpfer auf Gorlowka eine Person getötet und vier verletzt.

Der Verstorbene befand sich zum Zeitpunkt des Beschusses in einem Auto auf der Uglegorsker Chaussee. Auch die Beifahrerin wurde verletzt – sie wurde mit Schrapnellwunden und Verbrennungen ins Krankenhaus gebracht.

Ein weiteres ukrainisches Projektil traf einen Wassertransporter und ein weiterer Mann soll verwundet worden sein. Über seinen Zustand und den der anderen Verletzten wurde nichts bekannt.

Als Folge des Angriffs wurde in Gorlowka eine Gasleitung beschädigt, mehrere Häuser wurden zerstört.

Der Beschuss durch die BFU geht weiter.



https://www.novorosinform.org/content/images/56/34/45634_720x405.jpg

14:48 de.rt.com: **Angesichts möglicher türkischer Offensive: Syrien schickt Verstärkung in den Norden**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hatte wiederholt damit gedroht, mit einer Militäroffensive die türkische Besatzungszone im Norden Syriens auszuweiten. Diesen Schritt begründete er mit der angeblichen Gefahr durch die dort präsente Kurdenmiliz YPG.

Die syrische Armee hat ihre Stellungen in Nordsyrien in der Nähe von Gebieten, die von türkischen Streitkräften und bewaffneten protürkischen Milizen kontrolliert werden, mit militärischem Personal und Ausrüstung verstärkt, wie die kubanische Nachrichtenagentur Prensa Latina unter Berufung auf syrische Medien berichtete.

Lokale Quellen berichteten der syrischen Zeitung al-Watan, dass die Verstärkung an Militärpunkten in den Städten as-Sijara, Deir Dschamal, Charibkah, Abjan, Maranas und dem Luftwaffenstützpunkt Menagh im nördlichen Gouvernement Aleppo, etwa 500 Kilometer nördlich der Stadt Aleppo, eingetroffen sei.

Diese Aktion fällt mit einer Intensivierung der türkischen Bombardierung mehrerer Grenzgebiete in Nordsyrien und der Drohung der türkischen Führung zusammen, einen sogenannten Sicherheitsstreifen von etwa 30 Kilometer Tiefe im an die Türkei grenzenden syrischen Gebiet zu besetzen, um die dort aktive kurdische Miliz YPG zu eliminieren.

In diesem Zusammenhang patrouillierte auch eine Gruppe russischer Hubschrauber in den Städten Abu Rasin, Amude und Dirbasiyya im Gouvernement Hasaka an der Grenze und an den Fronten der Zusammenstöße zwischen türkischen Streitkräften und kurdischen Milizen. Die syrische Regierung hatte am Vortag erneut ihre Ablehnung einer möglichen weiteren türkischen Militäroperation in Syrien erklärt. Syrien lehne die feindseligen militärischen

Handlungen ab, die von den türkischen Besatzungstruppen vor einigen Tagen auf Teile des syrischen Territoriums im Norden gestartet worden seien, so das Außenministerium in Damaskus, das diese Handlungen als "Kriegsverbrechen" und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" verurteilte, da sie eine geografische und ethnische Säuberung darstellten. Damaskus fügte hinzu, dass der Versuch des türkischen Regimes, eine "sichere Zone" auf syrischem Gebiet zu errichten, ein bössartiger Akt der Aggression und Teil der geografischen und ethnischen Säuberung sei, die von der Erdoğan-Regierung in den besetzten syrischen Gebieten praktiziert werde.

Die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität Syriens könne nicht zum Gegenstand von "Erpressung" durch oder Handel mit dem "extremistischen türkischen Regime" gemacht werden.

Die türkische Regierung betrachtet die kurdisch-syrische Miliz YPG und ihre politischen Strukturen, die weite Teile Nordsyriens kontrolliert, als Schwesterorganisation der in der Türkei als Terrororganisation verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Neben der Türkei stufen auch die USA und die EU die PKK als Terrororganisation ein. Während der Ausbreitung der Terrormiliz "Islamischer Staat" entstand eine Kooperation zwischen der YPG und dem US-Militär, die bis heute andauert.

Seit dem Jahr 2016 führte die Türkei bisher drei völkerrechtswidrige Militäroperationen auf syrischem Gebiet durch und besetzt seitdem weite Teile des Landes.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/629637ceb480cc7f7a180177.jpeg>

15:59 (14:59) novorosinform.org: **Neun polnische Söldner in der Nähe von Charkow vernichtet – Pegow**

Neun polnische Söldner seien im Gebiet der Siedlung Woltschansk in der Region Charkow in der Ukraine getötet worden, berichtet der Kriegskorrespondent Semjon Pegow in seinem Telegram-Kanal „Wargonzo“.

Unter Berufung auf seine eigenen Quellen unter den Militärs an der Frontlinie in der Region Charkow erklärte Pegow, dass vor drei Tagen eine Sabotagegruppe von 25 Polen, die in drei Teile geteilt war, versucht habe, russische Stellungen in der Nähe von Charkow anzugreifen. Er vermutete, dass sich unter den Saboteuren Söldner befanden, schloss jedoch die Anwesenheit von aktiven Militärs der polnischen Armee nicht aus.

Während ihres Einsatzes vergaßen die Saboteure die Sprechgeräte und bemerkten lange Zeit nicht, dass sie ihre Gespräche mitgehört wurden. Es konnte festgestellt werden, dass die Mitglieder der Gruppe Polnisch sprechen. Infolgedessen wurde die Gruppe zurückgeschlagen und zerstört.



https://www.novorosinform.org/content/images/56/39/45639_720x405.jpg

15:00 de.rt.com: **Russischer Botschafter in Polen: Schlimmste Beziehungen zwischen Moskau und Warschau in der Geschichte**

Die Beziehungen zwischen Russland und Polen befinden sich im schlechtesten Zustand aller Zeiten, sagte der russische Botschafter in Polen Sergei Andrejew am Mittwoch auf einer Pressekonferenz in Warschau. Er führte aus:

"Es gibt praktisch keine Kontakte. Seit 2014 hatten wir keine politischen Kontakte auf Ministerebene oder höher, und jetzt haben wir überhaupt keine Kontakte mehr, abgesehen von einigen technischen Fragen. Es gibt keinen Dialog."

Trotz des jüngsten Angriffs gegen ihn auf dem sowjetischen Militärfriedhof in Warschau sagte Andrejew dennoch, dass er sich persönlich in Polen sicher fühle.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629747ecb480cc2c575f7684.jpg>

15:09 de.rt.com: **USA liefern Ukraine Artillerieraketen-System, das auch Ziele in Russland erreichen kann**

Die USA rüsten die Ukraine mit Mehrfachraketenwerfern auf, die russische Artillerie abfangen und Stellungen in bis zu 300 Kilometer Entfernung zerstören können. Allerdings habe die Ukraine den USA versichert, mit dem Waffensystem keine Ziele in Russland anzugreifen. Die USA wollen der Ukraine im Rahmen eines neuen Unterstützungspakets erstmals moderne Mehrfachraketenwerfer zur Verteidigung gegen Russland liefern. Das in den USA hergestellte Artilleriesystem Himars sei demnach Teil eines Hilfspakets im Wert von 700 Millionen US-

Dollar, das daneben zudem Geschosse, Radarsysteme, Panzerabwehrwaffen vom Typ Javelin, Hubschrauber, taktische Fahrzeuge sowie Ersatzteile beinhalte, teilte das Weiße Haus am Dienstagabend mit.

Die US-Regierung habe der Ukraine das System mit Munition mit einer Reichweite von 80 Kilometern zugesichert. Dadurch ermögliche der Mehrfachraketenwerfer den ukrainischen Truppen eine größere Präzision bei der Bekämpfung russischer Vorstöße, erklärten hochrangige US-Regierungsvertreter gegenüber Reportern.

Die von dem Himars-System abgefeuerten Geschosse, können je nach Art der Munition bis zu 300 Kilometer weit fliegen. Sie werden von einem mobilen Fahrzeug aus auf landgestützte Ziele abgefeuert, was es den Ukrainern somit ermöglichen würde, Ziele weit innerhalb Russlands zu erreichen. Die Ukraine habe allerdings zugesichert, ergänzten die Beamten, mit der Mittelstreckenwaffe keine Ziele auf russischem Territorium anzugreifen.

Der jetzigen Entscheidung gingen allerdings erhebliche Bedenken voraus. [Noch am Montag](#) hatte US-Präsident Joe Biden die Lieferung von Mehrfachraketenwerfern, "die nach Russland hineinschießen können", ausgeschlossen. Demnach [fürchteten](#) die Entscheidungsträger, dass die Entsendung von immer schwereren Waffen an die Ukraine von Russland als Provokation aufgefasst werden könne, die Vergeltungsmaßnahmen Moskaus gegen die USA nach sich ziehen könnten.

Moskau hatte zuvor mehrfach öffentlich erklärt, dass jede Bedrohung Russlands eine erhebliche Eskalation in dem Konflikt bedeuten würde. "Die Lieferung von Waffen durch westliche Länder an die Ukraine, die in der Lage sind, Angriffe auf russisches Territorium durchzuführen, wird ein Schritt in Richtung einer inakzeptablen Eskalation der Spannungen sein", erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow gegenüber RT Arabia.

In einem am Dienstagabend in der New York Times veröffentlichten [Gastbeitrag](#) bestätigte Biden allerdings, dass er trotz der Bedenken beschlossen habe, "den Ukrainern fortschrittlichere Raketensysteme und Munition zur Verfügung zu stellen, die es ihnen ermöglichen, wichtige Ziele auf dem Schlachtfeld in der Ukraine präziser zu treffen". Solange die USA oder ihre Verbündeten nicht angegriffen würden, "werden wir uns nicht direkt in diesen Konflikt einmischen, weder durch die Entsendung amerikanischer Truppen in die Ukraine noch durch einen Angriff auf russische Streitkräfte", so der US-Präsident weiter. "Wir ermutigen oder ermöglichen der Ukraine nicht, jenseits ihrer Grenzen zuzuschlagen. Wir wollen den Krieg nicht verlängern, nur um Russland Schmerzen zuzufügen." Zugleich versicherte er:

"Wir wollen keinen Krieg zwischen der NATO und Russland."

"Wir wollen den Krieg nicht verlängern, nur um Russland Schmerzen zuzufügen." Die USA versuchten auch nicht, den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu stürzen, versicherte Biden. Wenn Russland für seine Spezialoperation in der Ukraine jedoch keinen Preis zahlen müsse, könne das zum Ende der "regelbasierten internationalen Ordnung" und zu katastrophalen Folgen weltweit führen.

Allerdings wollten die USA den ukrainischen Streitkräften weiter dabei helfen, sich gegen russische Artillerie zu verteidigen, erklärte der US-Präsident. Die Biden-Regierung erwartet, dass die Ukraine die Raketen in der östlichen Donbass-Region einsetzen könnte, wo sie sowohl die russische Artillerie abfangen als auch russische Stellungen ausschalten könnten.

"Wir wollen eine demokratische, unabhängige, souveräne und wohlhabende Ukraine, die über die Mittel zur Abschreckung und Verteidigung gegen weitere Aggressionen verfügt", so Biden. Deshalb würden die USA mit ihren Partnern zusammen auch weiter an Sanktionen gegen Russland arbeiten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6297201a48fbef402a5700bd.jpg>

15:50 de.rt.com: **Weltkindertag: Moskauer erinnerten US-Botschaft an die Kinder im Donbass**

Der 1. Juni ist traditionell Weltkindertag. In Moskau und Donezk wurde heute an die Hunderte seit dem Jahr 2014 durch Artilleriebeschuss umgekommenen Kinder im Donbass erinnert. Proteste an der US-Botschaft ließen keinen Zweifel, wen die russischen Aktivisten für verantwortlich halten.

In der Nacht zum 1. Juni erinnerten engagierte Moskauer die Botschaft der USA daran, wer nach ihrer Meinung die Verantwortung für Hunderte in den letzten acht Jahren durch Artilleriebeschuss umgekommene Kinder im Donbass trägt. Sie [projizierten](#) auf die Wände der US-Botschaft in Moskau ein Video, in dem Aufnahmen aus Donezk und Namen der dort gefallenen Kinder gezeigt wurden. Auch wurde ein Text eingeblendet, in dem behauptet wird, dass die US-Politik "die volle Verantwortung für alle toten Kinder im Donbass trägt".

Die Aktivisten veranstalteten die Aktion anlässlich des Internationalen Kindertages, der traditionell am 1. Juni gefeiert wird. Die Teilnehmer der Aufführung erklärten, dass sie die internationale Gemeinschaft daran erinnern wollten, dass das Weiße Haus die ukrainischen Behörden seit vielen Jahren unterstützt.

Allein in der Region Donezk sind in acht Jahren seit Kriegsbeginn im Frühjahr 2014 [mehr als 100 Kinder](#) durch Kriegshandlungen gestorben. Die Einheimischen nennen sie die Engel des Donbass. In Donezk wurde ein Mahnmal zum Gedenken an die Opfer errichtet. Jedes Jahr am Kindertag versammeln sich hier Hunderte von Einwohnern aus der Region, so auch dieses Jahr.

Nachdem Russland am 22. Februar die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk anerkannt hatte, intensivierten die ukrainischen Streitkräfte den Beschuss der Städte im Donbass um ein Vielfaches. Am vergangenen Montag wurden Schulen im Zentrum der Millionenstadt Donezk von Artilleriefeuer beschossen, mehrere Lehrerinnen kamen in den Trümmern ums Leben. Am Dienstag ist ein fünfjähriges Mädchen bei einem Artilleriebeschuss umgekommen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62975769b480cc02bb406edd.jpg>

Denkmal für die im Krieg getöteten Kinder von Donezk

16:15 de.rt.com: **António Guterres: Lebensmittelkrise lässt sich ohne Dünger und Landwirtschaftserzeugnisse aus Russland nicht lösen**

Der UN-Generalsekretär António Guterres hat am Mittwoch nach seinem Treffen mit der schwedischen Ministerpräsidentin Magdalena Andersson eingeräumt, dass die sich abzeichnende globale Lebensmittelkrise ohne Einbeziehung Russlands nicht zu lösen ist: "Seien wir ehrlich: Es gibt keine wirksame Lösung der Lebensmittelkrise ohne die Rückkehr der Landwirtschaftserzeugnisse aus der Ukraine sowie der Lebensmittel und Dünger aus Russland auf den Weltmarkt."

Der UN-Chef selbst unternimmt nach eigenen Angaben alle nur denkbaren Anstrengungen, um einen Dialog in dieser Richtung zu fördern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62975c9348fbef402a570123.jpg>

16:30 de.rt.com: **Kroatischer Präsident Milanović: Russland-Sanktionen wirkungslos – EU-Bürger zahlen Preis**

Der Rubel werde immer stärker, während die EU-Bürger wegen wirkungsloser Sanktionen mit höheren Preisen zurechtkommen müssen, so der kroatische Präsident Zoran Milanović. Die Gründe für die Nichtverhängung eines Gasembargos seien "eine Beleidigung für den gesunden Menschenverstand".

Der russische Rubel werde immer stärker, während die EU-Bürger aufgrund von Sanktionen,

die nicht funktionierten, mit höheren Preisen zurechtkommen müssten, beklagte der kroatische Präsident Zoran Milanović am Dienstag. Er bezeichnete die Erklärung der EU für das teilweise Öl- und Gasembargo als "beleidigend für den gesunden Menschenverstand" und erklärte, Kroatien habe im Gegensatz zu seinem Nachbarn Ungarn wenig Einfluss innerhalb des Blocks.

"Die Sanktionen funktionieren nicht. Russland spürt sie nicht, der Rubel ist nicht zusammengebrochen. Die EU-Bürger zahlen den Preis, Putin kann zufrieden lächeln, und das Öl und Gas wird woanders hingehen, weil die Nachfrage groß ist", sagte Milanović in Zagreb und kommentierte die jüngsten Sanktionsmaßnahmen der EU.

Er fügte hinzu, dass die EU-Sanktionen in ihrer jetzigen Form "nicht einmal gegen Serbien wirksam wären" und dass das Einzige, was wahrscheinlich passieren würde, höhere Preise für die Bürger der EU-Länder sein würden. Die Staats- und Regierungschefs der EU hatten sich am Dienstag auf ein neues Sanktionspaket geeinigt, das ein Verbot der Einfuhr von russischem Öl per Schiff, nicht aber per Pipeline vorsieht.

"Beleidigung für den gesunden Menschenverstand"

"Der Hauptakteur ist Ungarn", sagte Milanović und wies darauf hin, dass Budapest für die Pipeline-Ausnahme verantwortlich sei. Die von der EU angeführten Gründe, kein russisches Gas zu liefern, seien "eine Beleidigung für den gesunden Menschenverstand", fügte er hinzu. Milanovic im Wortlaut:

"Die Gründe, die die EU für die Nichtverhängung eines Gasembargos angeführt hat, sind eine Beleidigung für den gesunden Menschenverstand. Wir sollten lieber ein vollständiges Embargo verhängen."

Unterdessen erklärte der italienische Premierminister Mario Draghi, dass die westlichen Sanktionen "ab diesem Sommer maximale Auswirkungen" auf die russische Wirtschaft haben würden. Nach dem Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs am Dienstag in Brüssel sagte Draghi, das Ölembargo werde den internationalen Handel "für viele Jahre, wenn nicht für immer" beeinträchtigen.

Brüssel kümmere sich nicht darum, was Kroatien denke, weil Kroatien sich nicht die Mühe mache, Fragen zu stellen, so Milanović weiter. Zagreb erkenne nicht einmal seine eigenen Interessen – und wenn es sie erkenne, mache es sich nicht die Mühe, sich für sie einzusetzen. Im April hatte der kroatische Präsident angedroht, dass Zagreb die NATO-Beitrittsgesuche Schwedens und Finnlands blockieren werde, sollten die USA und die EU die Rechte der Kroaten im benachbarten Bosnien-Herzegowina nicht garantieren.

Die nationalistische HDZ-Partei, die die parlamentarische Mehrheit hat, schloss ein solches Vorgehen jedoch aus. Stattdessen war es die Türkei, die die NATO-Bewerbung der beiden skandinavischen Länder mit dem Hinweis auf deren angebliche Unterstützung kurdischer Kämpfer blockierte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62972f4648fbef39dc1a8005.jpg>

16:35 de.rt.com: **Griechenland liefert an Ukraine 40 bis 50 Jahre alte Schützenpanzer**

Griechenland will an die Ukraine Schützenpanzer vom Typ BMP-1 liefern, die 40 bis 50 Jahre alt sind und die das EU- und NATO-Land für seine eigene Verteidigung nicht mehr braucht. Der griechische Fernsehsender SKAI zitiert den Regierungssprecher Giannis Oikonomou mit den Worten:

"Alles, was wir liefern, kann potenziell verwendet werden, aber es ist überaltert und wird mit moderneren Waffen ersetzt."

Dies treffe auch auf die BMP-1-Schützenpanzer zu, die vor 40 bis 50 Jahren hergestellt worden seien und die das Land im Jahr 1992 bekommen habe, so Oikonomou. Für die Ukraine würden diese Panzerfahrzeuge jedoch gut passen, weil es dort Ersatzteile dafür gebe und weil ukrainische Soldaten damit umzugehen wüssten. Aus Berlin werde man im Austausch dafür modernere Pendants nach Athen liefern, was für Griechenland von Vorteil sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6297671e48fbef39cc416785.jpg>

17:50 (16:50) novorosinform.org: **Berichte über die Verletzung von Denis Puschilin wurden nicht bestätigt**

Laut RIA Novosti hat die Verwaltung des Oberhauptes der DVR die Informationen über die Verwundung des Staatschefs dementiert.

Nachrichten über die Verletzung von Denis Puschilin in Krasny Liman begannen sich in den ukrainischen Medien zu verbreiten. [RIA Novosti-Quellen](#) in der Verwaltung des Oberhauptes der DVR bestritten diese Informationen jedoch und nannten sie „eine weitere ukrainische Fälschung“.



https://novorosinform.org/content/images/56/56/45656_720x405.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 1. Juni 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben in Mariupol 3 Kommunikationsobjekte in Betrieb genommen. Es wurden Arbeiten zur Beseitigung von Schäden an einem Faseroptikkabel am Abschnitt Debalzewo – Swetlodarsk – Artjomowsk durchgeführt.

In Winogradnoje wurde ein Postfiliale eröffnet.

Spezialisten der Elektrizitätswerke führten **Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Hochspannungsleitungen** Asowskaja – Mirnaja Nr. 1, Asowskaja – Gorod-2, Kalinowka – Raduga, Wolnowacha – KPCh durch.

Etwa 3000 Menschen haben sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens von Mariupol, Wolnowacha, Wolodarskoje, Mangusch und der Ortschaften der Bezirke Nowoasowsk, Starobeschewo und Telmanowo gewandt.

Zivilschutzkräfte haben **mehr als 15 Hektar Territorium kontrolliert und 1411 explosive Objekte entschärft**.

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 11.058 humanitäre Pakete ausgegeben.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirksabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:30 de.rt.com: **Tschetschenischer Kommandeur: Industriegebiet von Sewerodonezk eingekesselt, ukrainische Nationalisten nutzen Zivilisten als menschliche Schutzschilde**

Der Assistent des tschetschenischen Präsidenten und Kommandeur der Spezialeinheit "Achmat" Apti Alaudinow hat während einer Fernsehsendung des Kanals Rossija 24 erklärt, dass russische Streitkräfte das Industriegebiet der Stadt Sewerodonezk eingeschlossen hätten und in wenigen Tagen besetzen würden:

"Unsere Einheiten haben das an die Stadt Sewerodonezk grenzende Industriegebiet, nämlich das Gelände des Werks "Asot" und anderer Betriebe, blockiert. [...] Ich denke, in den nächsten Tagen werden wir sagen können, dass dieses Gebiet unter Kontrolle ist."

Alaudinow gab weiterhin an, dass ukrainische Nationalisten etwa 300 Zivilisten entführt hätten und sie in den Fabrikcellen gefangen halten würden. Dabei berief er sich auf einen Kriegsgefangenen aus der 115. Brigade der ukrainischen Nationalgarde. Alaudinow erklärte: "Diese Zivilisten sind in einem Keller auf dem Fabrikgelände eingesperrt, von außen wurde

alles vermint. So wie ich es verstehe, werden sie [die ukrainischen Nationalisten] versuchen, sie als einen lebendigen Schutzschild zu nutzen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62976df4b480cc042236a125.jpg>

Angehörige der Volksmiliz der Republik Lugansk in der Nähe von Sewerodonezk, Aufnahme vom 29. Mai

18:51 (17:51) novorosinform.org: **Alle russischsprachigen Medien werden in Moldawien geschlossen**

Die regierende Partei Moldawiens „Aktion und Solidarität“, angeführt von Maja Sandu, hat die entscheidende Phase der Säuberung russischsprachiger Publikationen eingeleitet, berichtet der Telegram-Kanal „Pridnestrowez“.

Die Aktivitäten der Medien in russischer Sprache in Moldawien fallen unter das Gesetz „Verhinderung und Bekämpfung von Desinformation und der Verbreitung von Fälschungen im Medienraum“, daher wurde beschlossen, sie zu schließen.

„Alle lokalen russischsprachigen Medien werden unter die Aufsicht des Informations- und Sicherheitsdienstes der Republik Moldau fallen. Die Sonderdienste werden mehr Befugnisse für Repressionen haben. So ist die Demokratie in der Republik Moldau!“ - kommentierte die Quelle die Situation.



https://novorosinform.org/content/images/56/65/45665_720x405.jpg

17:59 de.rt.com: **Polen attackiert Scholz: Telefonate mit Putin "absolut sinnlos"**

Erst gestern gab es Kritik vom CDU-Chef Friedrich Merz an der "Zögerlichkeit" des Bundeskanzlers, wenn es um Waffenlieferungen an die Ukraine geht. Nun kommt diesbezüglich erneut Kritik von Deutschlands Nachbarn: Polens Vizeaußenminister bemängelte auch Scholz' Telefonate mit Putin.

Die Kritik an der Bundesregierung und allen voran an Bundeskanzler Olaf Scholz, wenn es um die Ukraine und Waffenlieferungen an Kiew geht, ebbt nicht ab. Erst gestern Vormittag wettete CDU-Chef Friedrich Merz gegen Scholz und sein demnach zögerliches Vorgehen. So warf der Oppositionsführer beim "Wirtschaftstag" des Wirtschaftsrates der CDU dem Kanzler vor, dass nach dessen Feststellung einer "Zeitenwende durch Russlands Angriff auf die Ukraine konkrete Entscheidungen" ausgeblieben seien.

Laut Merz sei Scholz dabei, eine "historische Chance" und eine "historische Verantwortung" zu verpassen und zurückzufallen in alte Muster. Der CDU-Chef sprach von einem "Deckmantel" von Besonnenheit und Zurückhaltung. Dies aber sei eigentlich Zögerlichkeit und Ängstlichkeit vor der Verantwortung. Laut Merz müsse Deutschland stattdessen eher eine "Führungsrolle" in Europa und der Welt, die viele zu Recht erwarteten, übernehmen.

Seine Kritik wiederholte der CDU-Chef am Mittwoch auch im Bundestag. Während der Generaldebatte zum Haushalt 2022 warf der Oppositionsführer dem Bundeskanzler vor, die bereits vor einem Monat zugesagten schweren Waffen nicht an Kiew geliefert zu haben. So sagte Merz:

"Sie reden in letzter Zeit etwas mehr als sonst, aber sie sagen unverändert nichts."

Auch ein weiterer Schritt von Scholz wurde nun angeprangert: Telefonate mit Russlands Präsident Wladimir Putin. Dafür finde Scholz Zeit, so Merz, doch für den ukrainischen Parlamentspräsidenten, der nach Berlin komme, habe Scholz aber keinen Gesprächstermin. Die Kritik an den Telefonaten des deutschen Kanzlers nach Moskau in den Kreml wurde bereits einen Tag zuvor geäußert. Am Dienstagabend in der ARD-Talkshow "Maischberger" hatte der zugeschaltete polnische Vizeaußenminister Szymon Szykowski vel Sęk jene Gespräche zwischen Scholz und Putin als "absolut sinnlos" bezeichnet. Die Telefonate von Scholz und auch Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron mit Moskau würden Kiew nichts bringen, nur Putin "neue Glaubwürdigkeit" geben.

Statt nach Kiew zu reisen, rufe Scholz den russischen Präsidenten "ziemlich regelmäßig" an, so der polnische Vizeaußenminister. Er forderte von Berlin stattdessen "konkrete Taten" und "nicht nur Worte und Deklarationen", wenn es um Waffenlieferungen an die Ukraine gehe. Deutschland müsse "endlich mehr" für dieses Land tun, so Szykowski vel Sęk. Demnach sei nichts, was von deutscher Seite versprochen worden war, eingehalten worden.

Kritik an Berlin aus Warschau gab es bereits vor wenigen Tagen vom polnischen Präsidenten Andrzej Duda. Jener hatte der Bundesregierung vorgeworfen, die aus Polen an die Ukraine gelieferten Panzer nicht wie zugesagt ersetzt zu haben. Am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos hatte Duda gegenüber dem Sender Welt TV erklärt, dass Berlin "sein Versprechen nicht erfüllt" habe und man enttäuscht darüber sei.

"Wir haben der Ukraine eine große Anzahl an Panzern zur Verfügung gestellt", sagte der polnische Präsident weiter. "Indem wir das getan haben, haben wir unser eigenes militärisches Potenzial geschwächt, und wir haben unsere eigenen militärischen Vorräte aufgebraucht."

Darum habe Polen auch auf Unterstützung aus Deutschland gehofft. Ein großer Teil des Panzerarsenals der polnischen Streitkräfte bestehe aus deutschen Panzern vom Typ Leopard. Am Dienstag erklärte Kanzler Scholz, dass er mit dem polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki über einen Ringtausch gesprochen habe. Er betonte: "Wir wollen das beide in guter, bester Kooperation auch erreichen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629739e448fbef402a5700e9.jpg>

abends:

18:00 de.rt.com: **BMVg nach Ankündigung neuer Waffenlieferungen an Kiew durch Kanzler Scholz: Wir führen diese Systeme nicht im Bestand**

Nach der Bekanntgabe von Bundeskanzler Olaf Scholz über die Verlegung des Flugabwehrsystems IRIS-T sowie eines modernen Ortungsradars in die Ukraine bestritt das Bundesverteidigungsministerium, solche Waffensysteme im Bestand der Bundeswehr zu haben. Auf eine Frage bei der Bundespressekonferenz am Mittwoch, die sich nach Details der geplanten Lieferungen erkundigte, räumte der Sprecher im Bundesministerium der Verteidigung David Helmbold ein:

"Das ist eine Frage, die sich letztlich an die Industrie richtet, denn wir haben diese Systeme bei uns nicht in der Nutzung. Also kein Thema, das ich für das BMVg beantworten kann, weil wir diese Systeme bei uns nicht im Bestand führen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62976eb7b480cc7b4a48a695.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 am 01.06.22**

Im Laufe des Tages hat der Gegner mehr als 300 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm-Mörsern abgefeuert. Die Gebiete von 11 Ortschaften der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression starb ein Zivilist und 5 wurden verletzt. 27 Wohnhäuser, 5 Fahrzeuge und 8 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von ziviler Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Im Ergebnis gemeinsamer Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurde ein Angriff des Gegners im Gebiet von Pawlowka aus Richtung Ugledar abgewehrt. Unsere Soldaten vernichteten einen T-64-Panzer, 2 Schützenpanzer und 50 Mann. Durch heftigen Beschuss wurden drei Feuerstellungen des Gegners im Gebiet von Nowomichajlowka beseitigt. Der Feind zog ab und erlitt erhebliche Verluste.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. Unsere Soldaten haben einen Angriff des Gegners im Gebiet von Nowobachmutowka aus Richtung Rosowka zurückgeschlagen. Durch sachkundige Handlungen von Einheiten der DVR wurden 2 T-64-Panzer, ein Schützenpanzer und 40 Mann vernichtet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden 3 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starben und 12 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:19 de.rt.com: **USA wollen "bürgerliche Aktivitäten" in Serbien mit bis zu zehn Millionen US-Dollar fördern**

Washington will nach eigenen Angaben Serbien auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft unterstützen. Die US-Behörde für Entwicklungszusammenarbeit USAID wird "bürgerliche Aktivitäten" im Balkanland finanziell fördern. Die US-Botschaft in Belgrad bietet Stipendien an.

Die US-Behörde für Entwicklungszusammenarbeit USAID wird von vier bis zu fast zehn Millionen US-Dollar ausgeben, um "bürgerliche Aktivitäten" in Serbien zu unterstützen. Auf der Website der Organisation steht, das Ziel des Programms sei es, das Engagement der Bürger bei Entwicklung und Reform der Gemeinschaft zu steigern. Dies solle durch Aufbau von Kapazitäten, technische Unterstützung, Zuschüsse und bereichsübergreifende Zusammenarbeit ermöglicht werden.

Zuvor hat auch die US-Botschaft in Belgrad die Finanzierung von Programmen angekündigt, die das bilaterale Verhältnis mit dem Balkanstaat stärken und den serbischen Bürgern die Kultur, die Gesellschaft, die Werte und die Politik der Vereinigten Staaten verständlich machen sollen. Zugleich teilte die diplomatische Vertretung in der entsprechenden Erklärung mit, sie arbeite mit der Regierung, der bürgerlichen Gesellschaft, der Geschäftswelt und weiteren Partnern zusammen, um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, die Abwanderung hochqualifizierter Fachkräfte zu bekämpfen und die Demokratie zu stärken. Dies werde unter anderem durch Unterstützung der bürgerlichen Beteiligung, Anregung von freien Medien und Menschenrechten sowie Förderung der regionalen Stabilität und Kooperation umgesetzt:

"Der Fortschritt in diesen Bereichen sollte Serbien auf dem Weg zu seinem erklärten Ziel helfen, Mitglied der Europäischen Union zu werden."

Obwohl Serbien über einen EU-Beitritt verhandelt, weigert sie die Regierung in Belgrad, sich im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg den westlichen Sanktionen gegen Russland anzuschließen. Serbien hat lediglich für eine UN-Resolution gegen Russland gestimmt, in der aber keine Sanktionen vorgesehen sind. Seit Wochen wächst der Druck der USA und der EU auf Serbien, die Politik gegenüber Russland zu ändern.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62960d0948fbef29a933b8e2.jpg>

18:30 de.rt.com: **Lawrow sieht Risiko der Einbeziehung von Drittstaaten in den Ukraine-Konflikt**

Ukrainische Forderungen nach Waffenlieferungen könnten die Gefahr eines Eintritts von Drittstaaten in den Ukraine-Konflikt erhöhen. Dies erklärte Russlands Außenminister Sergei Lawrow nach seinem Besuch in Saudi-Arabien. Die Nachrichtenagentur RIA Nowosti zitierte den Diplomaten folgendermaßen:

"Natürlich bestehen solche Risiken. Das, was das Kiewer Regime von seinen westlichen Schutzherren so anmaßend und herrisch fordert, übertritt alle Grenzen des Anstands und der diplomatischen Kommunikation. Außerdem ist es eine direkte Provokation, um den Westen in den Krieg einzubeziehen."

Lawrow räumte allerdings noch ein, dass es in der EU und auch in den USA noch Politiker gebe, denen das Risiko einer Eskalation in der Ukraine bewusst ist:

"Es gibt Politiker, die zu diesem Wahnsinn bereit sind, um eigene Ambitionen zu befriedigen. Aber die seriösen Länder der Europäischen Union verstehen natürlich die Unzulässigkeit von solchen Szenarien sehr gut. Und es scheint, dass wir jüngst vernünftige Einschätzungen auch aus Washington hörten."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62977705b480cc02c135c7f4.jpg>

19:00 de.rt.com: **Lambrecht kündigt Aufstockung des Verteidigungshaushalts um rund 3,5 Milliarden Euro an**

Die Bundesministerin der Verteidigung Christine Lambrecht hat im Deutschen Bundestag für

die weitere Erhöhung des Wehretats geworben. Am Mittwoch sagte sie bei Beratungen zum Haushaltstitel ihres Ministeriums:

"Es muss Schluss sein mit der Vernachlässigung der Bundeswehr. Und es muss Schluss sein mit Zögern und Zaudern."

Die Ministerin gab bekannt, dass der diesjährige Verteidigungshaushalt um rund 3,5 Milliarden Euro gegenüber dem Plan und dem ursprünglichen Entwurf steigen werde, und nannte dies ein wichtiges Zeichen. Lambrecht sagte ferner:

"Mit diesen jetzt rund 50,4 Milliarden haben wir eine solide Grundlage für den Betrieb unserer Bundeswehr und gerade auch dafür, wichtige Rüstungsgüter anzuschaffen."

Mit Blick auf den Ukraine-Konflikt maß die Politikerin der Aufstockung des Militäretats große Bedeutung bei:

"Der brutale russische Angriffskrieg führt uns schmerzhaft eine lange verdrängte Tatsache vor Augen: Wer in Freiheit leben will, braucht militärische Stärke, um diese Freiheit zu verteidigen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62977b2eb480cc15dc34d15a.jpg>

19:21 de.rt.com: **Russlands Bildungsministerium rät Hochschulen von Zusammenarbeit mit Erasmus+ ab**

Infolge der westlichen Sanktionen gegen Russland häufen sich die Forderungen im Land, das nationale Bildungssystem zu reformieren. Erörtert wird unter anderem ein Ausstieg aus dem Bologna-System. Auch die Kooperation im Rahmen des Programms Erasmus+ wird hinterfragt.

Das russische Ministerium für Bildung und Wissenschaft rät vor dem Hintergrund der westlichen Sanktionen gegen Russland allen Bildungseinrichtungen im Land davon ab, mit ausländischen Partnern im Rahmen des Programms Erasmus+ zusammenzuarbeiten, das unter anderem den Austausch von Studenten fördert. Nach Angaben der russischen Nachrichtenagentur TASS begründet die Behörde ihre Ermahnung damit, dass der Rat der Europäischen Union mit seiner Regelung vom 8. April 2022 im Rahmen der aus dem EU-Haushalt finanzierten Programme jegliche finanzielle und nicht finanzielle Unterstützung für staatliche und staatlich kontrollierte Organisationen in Russland verboten hat.

Erasmus+ ist ein Programm der Europäischen Kommission, das die Kooperation von Bildungseinrichtungen in Europa und weltweit fördert. Ein wichtiger Teil des Programms ist der Austausch von Schülern, Studierenden und Lehrenden. Auch Russland gehört zu den Partnerländern. Seit dem Jahr 2014 haben sich an dem Programm, das von der EU finanziert

wird, mehr als 13.200 russische Studierende beteiligt.

Inzwischen häufen sich in Russland die Forderungen, aus dem Bologna-Prozess auszusteigen. Auch die Vorsitzende des Föderationsrates Walentina Matwijenko hat sich zuletzt gegen das europäische Bildungsvorbild ausgesprochen. Nach Angaben der TASS erklärte die Politikerin auf einer Presserunde, dass eine Integration Russlands in den Bologna-Prozess und in den europäischen Wissenschaftsraum nicht stattgefunden habe:

"Trotz aller Versprechungen des Westens über eine volle Integration unserer Universitäten und Wissenschaftszentren in den europäischen Wissenschaftsraum ist leider nichts dergleichen geschehen."

Die Vorsitzende des Oberhauses des russischen Parlaments hob zugleich hervor, dass das frühere russische Bildungssystem auf der Grundlagenforschung gefußt habe. Als Folge des Umstiegs auf das Bologna-System sei diese fundamentale Ausbildung hoch qualifizierter Fachkräfte eingebüßt worden. Im Austausch habe das Land nichts gewonnen.

Dies bedeute aber nicht, dass man jetzt alles zunichtemachen solle. Ein Ausstieg aus dem Bologna-Prozess solle von einer gründlichen Reform des russischen Bildungssystems begleitet werden, fügte Matwijenko hinzu. Es sei nicht mehr möglich, das sowjetische Bildungssystem wiederherzustellen, da sich die Welt in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert habe.

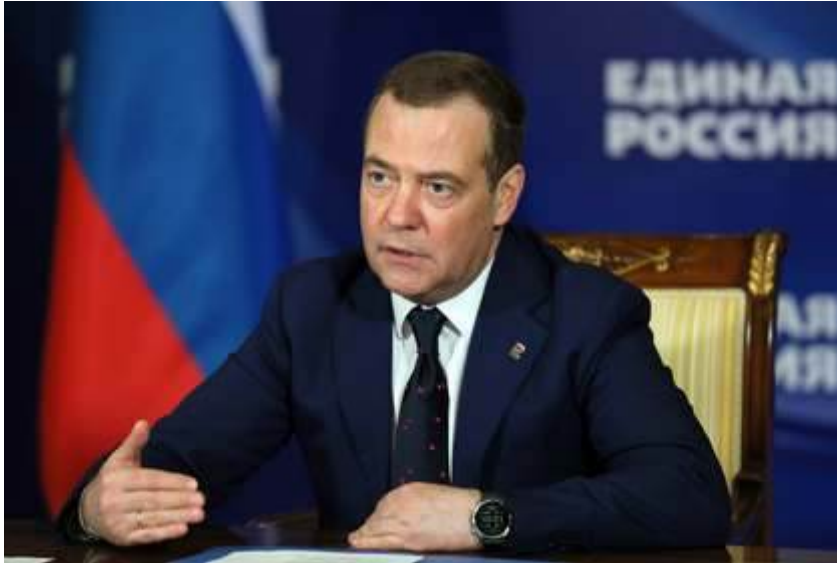


<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62971fb548fbef369f19f1c1.jpg>

19:30 de.rt.com: **Ex-Präsident Medwedew nennt Bewohner des Donbass "einen großen Teil der russischen Welt"**

Die Bewohner der Donbass-Republiken stellen einen großen Teil der russischen Welt dar, sagte der Vorsitzende der Partei Einiges Russland und ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew beim Gespräch mit den Bewerbern um die Parteimitgliedschaft aus DVR und LVR am Mittwoch. Der Politiker erklärte zudem, man werde sich vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in der Ukraine auf die Arbeit unter neuen Bedingungen einstellen müssen, denn es würden bedeutende Veränderungen vor der Tür stehen. Medwedew fügte hinzu:

"Die Sonderoperation ist noch nicht abgeschlossen. Wir verstehen, dass sie fortgesetzt wird, bis alle ihre Ziele – die vom Oberbefehlshaber, dem Präsidenten des Landes gesetzten Ziele – erreicht sind."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6297823ab480cc02bb406f21.jpg>
g

20:00 de.rt.com: **Vorsitzender des Duma-Verteidigungskomitees: Russlands Taktik minimiert Verluste**

Andrei Kartapolow, der Vorsitzende des Verteidigungskomitees des russischen Staatsduma, hat erklärt, dass Russlands Militär in der Ukraine gegenwärtig kaum noch Verluste erleide. Er sagte gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Nowosti:

"Wir verlieren praktisch keine Menschen mehr. Die letzten vom Verteidigungsministerium veröffentlichten Zahlen besagen 1.351 Gefallene. Seitdem wurden keine Angaben veröffentlicht, und ich erkläre auch weshalb. Gegenwärtig gibt es natürlich Verwundete, aber keine solche Anzahl von Gefallenen. Das ist das Ergebnis einer Änderung unserer Taktik."

Der Abgeordnete erklärte, dass man zu Beginn der russischen Militäroperation versucht hätte, den Einsatz von Waffen möglichst zu vermeiden. "Aber nachdem man begonnen hatte, sie zu erschießen, zu verbrennen, öffentlich zu erniedrigen, wurde die Taktik und die Herangehensweise an diese Operation geändert. Jetzt wird sie strikt nach Regeln der Militärkunst durchgeführt. Und diese Taktik trägt Früchte", fügte er hinzu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62977f3bb480cc07443790df.jpg>
g